



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.  
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.  
Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:  
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.  
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt  
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr  
inklusive Bestellgeld.

Nr. 32.

Berlin, den 10. November 1918.

13. Jahrgang.

## An das werktätige Volk Deutschlands!

Bulgarien hat kapituliert, die Türkei und Oesterreich-Ungarn haben den Waffenstillstand bereits abgeschlossen. Das Deutsche Reich steht ohne Bundesgenossen da und wird jetzt auch vom Südosten her bedroht. Trotzdem wagt es die Militärpartei, die Fortsetzung des Krieges bis zum letzten Mann zu fordern. „Lieber in Ehren untergehen, als die Waffen niederlegen“ — ist ihre Parole. Sie spekuliert auf die Revolution in — Frankreich!

Die Regierung nimmt eine unklare Haltung ein. Viele Tausende Einziehungen sind in diesen Tagen im ganzen Reich erfolgt. Während die Arbeiter und Bürger das Ende des sinnlosen Nordens leidenschaftlich erwarten, werden sie ihrer Beschäftigung entzogen, der militärischen Disziplin unterworfen, Strapazen und Entbehrungen ausgesetzt. Die Flammen der Empörung über dieses Treiben schlagen hoch.

Arbeiter! Die Regierungsozialisten ermahnen Euch, Vertrauen zur Regierung zu haben. Während die Kriegstreiber am Werke sind, sollt Ihr ruhig abwarten, was die Regierung beschließen wird. Jede selbständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden. Mit welchem Recht kann die Regierung Euer Vertrauen fordern?

Entweder hat die Regierung die Einziehungen verfügt, dann ist sie mit der Fortsetzung des Krieges einverstanden und treibt ein freventliches Doppelspiel. Oder diese Maßregeln geschehen gegen ihren Willen, über ihren Kopf hinweg. Dann ist der Beweis erbracht, daß die Geschicke des deutschen Volks durch dunkle Mächte gelenkt werden, die daran sind, das Verderben des Volkes zu vollenden.

Unverantwortlich wäre es, wenn Ihr den Ereignissen freien Lauf ließt. Seid auf der Hut!  
**Nicht Fortsetzung des Krieges — sofortiger Frieden!**

Das ist die unabänderliche Forderung der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes.  
**Haltet Euch zum Eingreifen bereit!**

Die Parteileitung  
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei  
Deutschlands.

Berlin, den 4. November 1918.

### Nieder mit dem Bolschewismus!

Berlin, den 6. November 1918.

Die aus lauter Halbheiten und Inkonssequenzen zusammengesetzte deutsche Volksregierung hat sich zu einer ganzen und konsequenten Tat aufgerafft. Am 5. November hat sie die diplomatische Vertretung der russischen Sowjetregierung ausgewiesen. Am 6. November früh hat der Botschafter Toffe mit seinem ganzen russischen Personal die deutsche Haupt- und Residenzstadt Berlin verlassen müssen. Zurzeit herrscht die preussische Polizei in den Räumen der russischen Botschaft. Die Russen sollen sich des Schmuggels aufrührerischer Schriften schuldig gemacht haben. Auf die mehr als eigenartigen Begleitumstände, die sich bei der sogenannten Feststellung des Schriftenschmuggels herausgestellt haben, können wir hier nicht näher eingehen. Nicht unmöglich ist es, daß dabei nach bekannter alter Polizeimethode eine aus den Beständen der politischen Abteilung herbeigezauberte Broschüre oder Zeitung das Corpus delicti hat hergeben müssen.

Die zurzeit schwerbedrängte Lockspitzelkunst und die Ohranahubjekte des alten zaristischen Systems werden Morgenluft wittern. Sie sehen, daß die neue demokratische Regierung Deutschlands genau so die Schnorrer- und Verschwörerjagd anhebt wie die Regierungen der Puttkamer usw., und daß sogenannte Sozialdemokraten in der neuen Regierung einen ganz besonderen Eifer als Treiberjungen entfalten.

Man mag zu den einzelnen Handlungen der Bolschewiki stehen wie man will, an der Tatsache, daß sie tapfere und energische Vorkämpfer des internationalen Sozialismus sind, ist nicht zu rütteln. Die geschneiegelte Scheidemannpartei hat freilich ihres Herzens Neigung nicht mehr auf den Sozialismus gerichtet, ihr liegt nur daran, das kapitalistische System „in Ruhe und Ordnung“ aus den Trümmern des militärischen Bankrotts heraus zu retten. Darum stellt sie sich in eine Front mit dem internationalen Kapitalismus und stimmt mit Junker, Schlotbaron, Bankier, mit Pfaffen und Philistern ein in den Schlachtruf: „Nieder mit dem Bolschewismus“. Dabei hofft man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Erstens, dem Umsturz im Innern das Genick abzdrehen, und zweitens, von dem Kapitalistenklingel der Entente mildernde Umstände für die kommenden Friedensverhandlungen zu erlangen. Sagte doch vor kurzem die „Kreuzzeitung“ offen heraus, daß der Kampf gegen den Bolschewismus die Brücke sei, auf der sich die Regierungen der Entente mit Deutschland treffen könnten.

Zurzeit arbeitet alles, was zur politischen Polizei gehört, fieberhaft gegen die russische Verfeuchung. Aber helfen wird es nichts. Trotz allem Graulichtmachens vor dem „Bolschewismus“ wird auch das deutsche Proletariat in Arbeitsmittel und Waffentod das letzte Wort haben.

### Der Kampf ums Recht.

Von Georg Bedebour.

Vollrechte lassen sich nicht erbitten und erbetteln. Vollrechte müssen erkämpft werden. Ungerechter Gewalt darf man sich nicht fügen; man muß ihr widerstehen.

Seiber ist dem deutschen Volke und sogar dem Klassenbewußten Proletariat Deutschlands die geschichtliche Lehre „Im Kampfe sollst Du Dein Recht finden“ noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Es muß durch die Erfahrung erst dazu erzogen werden. Nichts zündet aber wie das Beispiel.

Deshalb habe ich meinen Fraktionskollegen wie anderen Genossen einbezüglich einzuschärfen gesucht, daß wir, um uns Bewegung- und Redefreiheit zu erringen, insbesondere jeder Versammlungsausschließung Widerstand leisten müssen. Nur so kann das eingetretene System polizeilicher Bevormundung des öffentlichen Lebens gebrochen und ausgetilgt werden durch die Tat.

Die Notwendigkeit dazu trat an mich selbst heran in einer öffentlichen Volksversammlung am 4. November in der Weberstraße in Berlin. Die fieberhafte Spannung der politischen Lage hatte eine dichtgedrängte Menschenmenge in dem Saal zusammengeführt. Sie lauschte mit intensiver Aufmerksamkeit meiner Schilderung des furchtbaren Zusammenbruchs unseres verrotteten Regierungssystems. Begeistert stimmte sie meiner wiederholten Aufforderung zu, die Hand ans Werk zu legen zur Neugebaltung unserer Zustände von Grund auf.

Am Schluß meiner Ausführungen kam ich auf ein bis dahin nicht bekanntes Vorkommnis von größter Tragweite zu sprechen. Die Mitteilung darüber war mir direkt von Seelenten zugegangen. Am vergangenen Mittwoch war ein Vorstoß der gesamten deutschen Hochseeflotte in der Nordsee geplant, der günstigsten Falls einen taktischen Erfolg wie beim Stageral hätte erzielen können, der uns aber ungeheure Menschenopfer gekostet hätte, ohne bei der gewaltigen Ueberlegenheit der Ententeflotten (3 zu 1) die Kriegslage irgendwie zu Gunsten Deutschlands zu verbessern. Die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen hätte ein solcher „Seezug“ ohnedies nur ungünstig beeinflussen können. Es war das also ein geradezu verbrecherischer Plan: Dem Phantom der „militärischen Ehre“ sollten auf einen Schlag zehntausende blühender Menschenleben und die Zukunft des deutschen Volkes geopfert werden.

Seine Urheber hatten jedoch die Rechnung ohne die Seelente gemacht. Als der Befehl zum Auslaufen gegeben war, verlangten die Mannschaften mehrerer großen Panzerschiffe von den Kommandanten Auskunft darüber, was geplant sei. Sie erklärten, sie würden sich in der Helgoländer Bucht verteidigen, falls der Feind angreifen sollte; ihrerseits angreifen würden sie nicht. Als die Antwort unbefriedigend ausgefallen war, löschten die Heizer die Feuer, und die gesamten Mannschaften verweigerten den Gehorsam.

So weit war ich in meinen Darlegungen gekommen. Während die Versammlung in stürmischen Beifall ausbrach, sprang der überwachende Polizeileutnant auf und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Ich rief ihm zu: „Dazu bestreite ich Ihnen das Recht. Stören Sie unsere Verhandlungen nicht!“

In der Versammlung hatte der sinnlose Auflösungsversuch eine ungeheure Bewegung hervorgerufen. Ich ergriff die Glocke, und durch unablässiges Klingeln und Zurufe gelang es mir, die Versammlung soweit zu beruhigen, daß ich mich verständlich machen konnte. Ich rief: „Parteiengenossen, wir tagen weiter!“ Die Versammlung stimmte zu. Ich fuhr dann fort: „Ich habe nur noch wenige Worte zu sagen. Ich fordere Euch auf zu einem

dreifachen Hoch auf unsere Brüder, die tapferen Seelente von der Kriegsmarine, die Vorläufer der deutschen Revolution."

Während noch ein Sturm von Hochrufen den Saal durchbraute, trat der Polizeikommandant auf mich zu mit den Worten: „Herr Ledebour, Sie kommen mit zum Polizeipräsidenten.“ Ich erwiderte: „Hä! Ich bin gar nicht ein. Das lehne ich ab. Sie bleiben hier, und ich gehe nach Hause.“ Der Kommandant sagte: „Sie werden die Verantwortung dafür zu tragen haben.“ Darauf ich: „Tavohl, ich übernehme stets die volle Verantwortung für das, was ich sage.“

Im Fortgehen ermahnte ich dann die Versammelten dringend, die Ruhe zu bewahren. Sie standen denn auch wie die Mauern, während ich mich langsam durch ihre Mitte dem Ausgang zudrängte.

Der Polizeikommandant war vernünftig genug, meiner Anordnung, daß er dort zu bleiben hätte, Folge zu leisten. Ihm war die Situation klar: Die Versammelten würden ihn auf keinen Fall durchgelassen haben, bevor ich nicht das Haus verlassen hätte.

Wenn ich diesen Vorgang hier ausführlich geschildert habe, so geschieht das, weil er ein sinnvoller Beweis dafür ist, was eine einmütig handelnde Masse durchsetzen kann. Würde überall und jederzeit in Versammlungen so gehandelt, so wäre im Handumdrehen das Versammlungsrecht gesichert gegen jede Anfechtung.

Aber mehr, würde das Proletariat, von einem einheitlichen Willen befeuert, der ganzen politischen Miswirtschaft entgegenzutreten, so verächtliche sich der kapitalistische Obrigkeitstaat, wie ein abler Spitz. Denn es ist ein Märchen, wenn behauptet wird, wir hätten jetzt schon die Rechte eines freien Volkes. Man beachte nur das Verhalten der Ueberwachenden in meiner Versammlung: Er versuchte aufzulösen, als ich eine der Regierung zweifellos unbequeme Tatsache mitteilte. Die Wahrheit muß unterdrückt werden. Das ist auch heute noch geltende Staatsräson. Die bitterer Hohn umsetzte es mich an, als ich heute in dem Ausruf der „Volksregierung“ die Worte las: „Pressfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet.“ Nach wie vor sind wir der Willkür der „Volksgegner“ in amtlicher Stellung preisgegeben. (Nebenbei die Phrase „Volksgegner in amtlicher Stellung“ ist offenbar „Morle Scheidemann“.)

Und was noch empörender ist: Am Sonntag, ehe noch der Aufruf geschrieben war, haben die „Volksgegner in amtlicher Stellung“ in Kiel auf die Volksgegner schießen lassen, die ausgezogen waren, um die wegen der Vorgänge in der Nordsee inhaftierten Matrosen zu befreien.

8 Tote und 29 Verwundete sind die Blutzugenen für die Volksfreundlichkeit der Volksgegner Scheidemann Bauer u. Co.

Werden nun endlich den betörten Arbeitern die Augen aufgehen, die sich von jenen Verrätern der Arbeiterklasse in das kapitalistische Lager haben führen lassen? Werden sie jetzt endlich einsehen, daß sie ihnen die Gefolgschaft kündigen müssen, um mit uns zusammen den Klassenkampf des Proletariats gegen den ganzen Regierungsapparat zum siegreichen Ende zu führen? Die Stunde der Entscheidung naht. Ein Haben, ein Drüben nur gilt.

## Das rote Ziel.

Die Volks- und Friedensregierung Scheidemannscher Prägung hält seit sechs Wochen das Volk mit ihren Friedensversprechungen hin. Unendlich groß ist dessen Geduld. Aber mehr und mehr beginnt sie an verschiedenen Orten des Reiches zu reißen. Und das um so mehr, als neben der Friedensdeklamation der Regierung die militärischen Gewaltthäter noch volle Aktionsfreiheit haben. Soweit es sich um rein defensiv Maßnahmen an der Westfront handelt, könnte das vom Standpunkte der Regierung noch gerechtfertigt werden. In Wirklichkeit unternehmen die militärischen Gewaltthäter aber auch jetzt noch verwerfliche Offensiven. Eine solche Aufgabe war vor kurzem der Flotte zugewiesen. Die Schlachtslotte sollte Ende Oktober einen großen Vorstoß gegen England unternehmen. „Stegen oder in Ehren untergehen“ war die Losung der Geschwaderführer. In Wahrheit wäre das ein nutzloses Opfer von Menschen und Material gewesen. Dank der Wachsamkeit der Mannschaften wurde dieser Plan zunichte gemacht. An der Grenze der deutschen Hoheitsgewässer setzte das Maschinenpersonal Kessel und Maschinen außer Betrieb, und eine Abordnung der Mannschaften verlangte die Rückkehr. Sie erklärte sich zur Verteidigung im Falle eines feindlichen Angriffes bereit, weigerte sich aber, zwecklos dem sicheren

Tode entgegen zu dämpfen. Alles Befehlen, Drohen, schließlich auch Bitten nützte nichts. Der Flottenchef ließ sich genötigt, die Schiffe wieder nach Wilhelmshaven und Kiel zurückzuführen. Dort setzte das übliche Strafgericht ein. Massenerhaftungen wurden vorgenommen. Über die Matrosen hatten sich vom Banne des Kadavergehorsams befreit. Sie setzten in vielen Fällen die Befreiung ihrer verhafteten Kameraden durch.

Sonntag, den 2. November, herrschte in Kiel große Aufregung. Auch die Arbeiter sympathisierten mit den Matrosen. Versammlungen fanden statt. Die Erregung hielt auch am Montag an. In diesem Tage floß Blut in den Straßen Kiels. Fast zur selben Zeit, in der die „Volksregierung“ ihre Proklamation „An das deutsche Volk“ richtete, streckten die Schüsse der Schergen derselben Regierung eine Anzahl Volksgenossen tot auf das Pflaster nieder und verwundeten viele andere. Diese Schüsse bildeten den Auftakt zu den weiteren Vorgängen in Kiel, über die wir heute nach bürgerlichen Blättern Hamburgs berichten.

Montag mittag erklärte sich der Gouverneur von Kiel bereit, mit den Matrosen zu verhandeln. Die Abordnungen der Matrosen traten zu einer Versammlung im Gewerkschaftshause zusammen und festigten ein Programm ihrer Wünsche auf. Darunter waren u. a. folgende:

„Die Anerkennung des inzwischen gebildeten Soldatenrates, bessere Behandlung der Mannschaften, Befreiung von der Gruppplücht, Gleichheit der Offiziere und Mannschaften in der Verpflegung, Aufhebung der Offizierskasinos, Freigabe der wegen Gehorsamsverweigerung verhafteten Personen, die sich zurzeit in den Arrestlokalen befinden und Straßlosigkeit der nicht auf die Schiffe zurückgeführten Mannschaften.“

Diese Forderungen wurden dem Gouverneur durch eine Abordnung der Matrosen überbracht und alle Forderungen wurden vom Gouverneur gutgeheißen. Die Matrosen verpflichteten sich, ihren Dienst wieder aufzunehmen und Gehorsam zu üben, verpflichteten sich insbesondere auch zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und gestanden zu, daß jedermann, der beim Plündern betroffen würde, auf der Stelle standrechtlich zu erschießen sei. Inzwischen strömten von den Schiffen zahlreiche Mannschaften in die Stadt hinein. Die Matrosen sind vollständig Herren der Schiffe, die Offiziere sind ohnmächtig und können sie nicht zurückhalten und ebensowenig in ihren Handlungen behindern. Eine Anzahl von Patrouillen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgebildet war, ging zu den Matrosen über oder wurde von ihnen entwaffnet und mußte sich ihnen anschließen. In den ersten Nachmittagsstunden kam es im Kasernement Wil zu einer kurzen Schießerei zwischen einer Kompanie der Torpedodivision und der Werkdivision. Die letztere wurde von der ersteren aufgefordert, sich ihr anzuschließen, und sie tat es, nachdem die aufständischen Matrosen sich in den Besitz der Gewehre und Munitionsvorräte der Kaserne gesetzt hatten. In kurzer Zeit stand die ganze Garnison Wil auf Seiten der aufständischen Matrosen. Eine Stunde später kam es zu einer riesigen Kundgebung. Ein Zug von etwa 15 bis 20 000 Mann Soldaten zog vom Kasernement Wil am Stationskommandogebäude vorüber nach dem Arrestlokal in der unteren Feldstraße. Musik ging dem Zuge voran. Die Soldaten trugen zum allergrößten Teil Gewehre. Im Zuge befindliche Arbeiter waren ebenfalls bewaffnet. Der riesenhafte Zug ging durch den nördlichen Teil der Stadt. Im Zuge wurden zahlreiche rote Fahnen getragen. Eine Anzahl von Ordenern trug weiße Binden und sorgte dafür, daß nirgends Behinderungen eintraten. Die Leute verhielten sich sonst vollständig ruhig. Vor dem Arrestlokal in der unteren Feldstraße stoppte der Zug. Die Gefangenen wurden entlassen und unter großem Jubel von ihren Kameraden in Empfang genommen. Von der Feldstraße aus ging der Zug dann weiter an der Hofstraße vorüber, wo tags vorher die große Schießerei stattgefunden hatte. Der größte Teil des Zuges ging dann nach dem Wilhelmshafen, während ein kleiner Teil zum Bahnhof zog, um dort den Staatssekretär Haußmann und den Reichstagsabgeordneten Roske zu empfangen. Auf den Straßen der Stadt verkehrte eine Anzahl Autos, die die rote Flagge der Aufständischen führten. Abends gegen 9 Uhr zogen die Matrosen einzeln und in Scharen mit umgehängten Gewehren zu ihren Kasernements oder nach den Schiffen. Soweit bekannt ist, ist es nirgends zu einem ernstlichen Zwischenfall gekommen. Die Leute verhielten sich vollständig ruhig und erklärten auch, daß sie nicht die Absicht hätten, irgendetwas zu unternehmen. Montag abend beschloßen die Vertrauensleute der Gewerkschaften der großen Betriebe, daß morgen früh

als Sympathiekundgebung für die Matrosen der Generalstreik beginnen soll, ausgenommen sind nur die Lebensmittelgeschäfte, sowie die Licht- und Wasserwerke.

Am Dienstag früh wurde auf allen Fahrzeugen und Maschinen die rote Fahne gehißt. Das Linienschiff „König“, das im Dock lag und noch die Kriegsflagge führte, wurde vom Lande aus von den Matrosen mit Gewehren beschossen. Die Kriegsflagge wurde gesenkt und an ihre Stelle die rote Flagge gesetzt. Die ganze Stadt war voller Matrosen. Viele Autos, gefüllt mit bewaffneten Soldaten, fuhrten durch die Stadt. Die Arbeiter haben den allgemeinen Ausstand begonnen. Die Matrosen halten strengste Ordnung.

Neben Haußmann und Roske verlangten die Matrosen die Zuziehung unserer Genossen, der Reichstagsabgeordneten Haase und Ledebour. Genosse Haase ist sofort nach Kiel abgereist.

Auf dem Linienschiff „Kaiser“ verteidigten die Offiziere mit der Pistole in der Hand die Kriegsflagge. Sie wurden aber durch die Mannschaften bezwungen, die dann die Kriegsflagge herunterholten und die rote Flagge hissten. Von den Offizieren sind zwei tot, darunter der Kommandant.

Von vier Infanteriekompagnien, die in der Nacht von Montag zu Dienstag nach Kiel kamen, haben sich sofort drei der Bewegung angeschlossen; die vierte wurde entwaffnet. In den Nachtstunden kamen auch von Wandsbek Husaren angetrieben. Sie wurden aber eine Stunde vor Kiel von den Marinemannschaften von Maschinengewehren empfangen und zur Rückkehr gezwungen.

Der Soldatenrat hat beschlossen, daß alle Offiziere in ihren bisherigen Stellungen zu verbleiben haben, sich aber den Anordnungen des Soldatenrates fügen müssen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Aufruf folgenden Inhalts erlassen:

Kameraden und Genossen!  
Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen.  
Die Nacht ist in unserer Hand.  
Hört auf uns! Sammelt Euch um Eure erwählten Führer.  
Keine Unbesonnenheiten.  
Ruhe und eiserne Nerven sind das Gebot der Stunde.  
Zeigt, daß Ihr Männer seid, folgt unseren Sicherheitsorganen.  
Plündert und raubt nicht.  
Es ist Euer unwürdig und gereicht Euch nicht zur Ehre.

Zum Ziel führt das nicht.  
Zur Unterdrückung dieser Bewegung nach hier entfaltete Truppen haben sich unserer Bewegung angeschlossen. Alle Arbeiter aller Gewerkschaften sind auf unserer Seite.  
Wir sind unserem Ziele nahe.

Der Soldatenrat.

Die königliche Polizei in Kiel hat sich den Anordnungen des Soldatenrates gefügt. Auf dem Turm des königlichen Schlosses mußte die Standarte des Prinzen Heinrich niedergeholt werden. Die Lebensmittelkontrolle liegt in den Händen des Soldatenrates. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden Maschinengewehre aufgestellt. So vor dem Bahnhofe, vor dem Gewerkschaftshause und an anderen Stellen. Die Bürger können vollständig frei verkehren. Nirgends sind Absperrungen vorgenommen.

Auch in Hamburg ist die Gährung sehr stark. Dort fand am Dienstag abend eine von unserer Partei einberufene Versammlung statt, in der Genosse Dittmann sprach. Unter den vielen Tausenden, die im Versammlungslokale anwesend waren, befanden sich viele Matrosen und Soldaten. Vor dem Versammlungslokale hatten sich ebenfalls Tausende angesammelt. Bei allen herrschte eine begeisterte Stimmung. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen. Ein größerer Zug Demonstranten war vorher zur Kaserne in der Bundesstraße gezogen. Von dort waren im Laufe des Nachmittags 150 Militärgefangene entwichen, von denen einzelne an der Versammlung Dittmanns teilnahmen. Im weiteren Verlauf der Demonstrationen soll es zu Zusammenstößen gekommen sein, über die wir zur Stunde keine näheren Nachrichten haben.

In Lübeck soll es ähnlich wie in Kiel zur Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates gekommen sein, der die Stadt beherrscht. Nähere Nachrichten darüber liegen uns bei Schluß der Redaktion nicht vor.

In Stuttgart und in München ist es in diesen Tagen zu größeren Arbeiterdemonstrationen und Arbeitseinstellungen gekommen. Ueberall war es die politische Spannung, die die Arbeiter auf die Straße trieb. In München gelang es den Demonstranten, bei der Justizbehörde durchzusetzen, daß drei Genossen, die monatelang wegen angeblich politischer Vergehen in Haft gehalten und von der Amnestie ausgeschlossen sind, zu befreien. In Stuttgart stellte der dort gebildete Arbeiterrat eine ganze Reihe politischer Forderungen auf, über die zu verhandeln der Minister sich bereit erklären mußte.

## Die Internationale der Arbeiterverräter.

Es sind Bestrebungen zur Wiederbelebung der Internationale im Gang. Branting hat sich an Troelska gewandt, beide sind sich einig darüber, daß die Internationale so schnell wie möglich zusammenkommen soll. Die deutsche Regierung wird sich schließlich gezwungen sehen, die Bedingungen der Entente anzunehmen — jetzt oder wenige Wochen später. Dann wird auch das Hindernis gefallen sein, das bisher verhindert hat, daß die französischen und deutschen Sozialisten auf einem internationalen Sozialistenkongress sich verständigten.

Die französischen und die deutschen Sozialisten? Nicht doch, die französischen und die deutschen Regierungssozialisten! Die sozialistischen Kreise, die festhielten an den revolutionären Ideen des wahren Sozialismus, sind niemals durch den Krieg getrennt worden. Bei den Bemühungen, die jetzt von Branting und Troelska unternommen werden, handelt es sich darum, die Regierungssozialisten der beiden Länder wieder unter einen Hut zu bringen.

Warum sollten sich auch die Regierungssozialisten haben und drüben nicht verständigen, wenn ihre Regierungen sich verständigen? Warum sollten sie nicht auch den Krieg untereinander, indem jeder von ihnen treulich zu seinem Lande und seinem Volke, will sagen, seinem Kapitalisten gestanden hat, beenden, nachdem die Kapitalisten untereinander Frieden geschlossen?

Diese Bemühungen, die ministeriellen Sozialisten aus beiden Lagern zu vereinigen, die von Anhängern des ministeriellen Sozialismus aus neutralen Ländern unternommen werden, lassen uns kalt. Wir haben keinen Grund, Begeisterung zu heucheln über die Möglichkeit des Zusammenritts einer Internationale, die nur für die Zellen besteht, in denen die kapitalistischen Regierungen untereinander einig sind, und die bei jeder internationalen Differenz der Regierungen ebenso zerbrechen muß, wie die alte Internationale 1914 auseinandergebrochen ist. Ihr Geist wird gekennzeichnet dadurch, daß sie nicht während des Krieges, sondern erst nach der Beendigung des Krieges zusammentreten kann, weil während des Krieges die internationale Gesinnung ihrer Glieder nicht existiert. Wir haben auch keinen Grund, uns in ein Bündnisverhältnis mit Leuten einzulassen, die während des Krieges die Grundsätze des Sozialismus mit Füßen getreten haben, die den einfachsten Erfordernissen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse nicht nachgekommen sind. Wir haben keinen Anlaß, mit Männern zusammen über die Aufgaben des klassenbewußten Proletariats zu reden, die die Verbündeten des Kapitalismus sind.

Zwischen unserer Auffassung über die Aufgaben des Proletariats und der Auffassung der Regierungssozialisten liegt eine unüberbrückbare Kluft. Diese Leute schreden zurück vor dem Gedanken, daß das Proletariat selbst seine Geschichte in die Hand nehmen könnte. Sie sind ausgesprochene Gegner der sozialen Revolution. Die einzige revolutionäre Tätigkeit, die sie von dem Proletariat erwarten, ist die Abgabe von Wahlzetteln. Unsere Auffassung von den Aufgaben des Proletariats ist eine andere: Wir erblicken sie in der Vernichtung des kapitalistischen Systems und sind uns klar darüber, daß diese Aufgabe nicht mit Wahlzetteln oder Versammlungsbeschlüssen gelöst werden kann.

Es wäre jetzt allerdings an der Zeit, an eine klare proletarische Internationale zu denken! Aber wichtiger als die Schaffung einer organisatorischen Form der internationalen Zusammenarbeit des klassenbewußten Proletariats ist die gemeinsame Arbeit für das gleiche Ziel, ist die Wiederherstellung der Internationale durch die Tat. Der Angriff auf das kapitalistische System wird heute jedem Proletariat sofort die internationalen Sympathien der wahrhaft sozialistischen Elemente verschaffen, er wird die beste Propaganda für eine proletarische Internationale sein. Gibt internationaler Geist ist es, wenn das russische Proletariat dem deutschen jede erkennbare Hilfe für seinen Emanzipationskampf verspricht.

Eine heilige Allianz der ganzen kapitalistischen Welt gegen die revolutionären sozialistischen Elemente bereitet sich vor. Die Aufgabe des Proletariats ist es, ihre Absichten zunichte zu machen. Gegen das Bündnis der Kapitalisten aller Länder gibt es aber nur ein Mittel — Weltrevolution!

Man bleibe uns in dieser Situation vom Leide mit jenem Spielzeug einer Internationale der Arbeiterverräter! Die Minister des Belagerungszustandes in Deutschland und die Minister aus Frankreich und England mögen Internationale spielen. Sie mögen Kongresse abhalten und Beschlüsse fassen soviel sie wollen — niemals kann auf der Grundlage ihrer Politik ein wirksamer internationaler Kampf gegen die Reaktion entfesselt werden!

Die Zeit ist reif für größere Dinge, und das klassenbewußte Proletariat muß seine Kräfte zusammenhalten, anstatt sie in nutzlosen Unternehmungen zu zerplittern!

## Abhängige Demokratie.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

In seiner Jugendmatenzeit hat der Regierungssozialismus schon nette Proben seines demokratischen Erbes abgelegt. Von den Unabhängigen, ja selbst von bürgerlicher Seite mußte er sich, leider mit vollem Recht, sagen lassen, daß er bei seinem Regierungsantritt nicht einmal die allerelementarsten Forderungen, wie Amnestie und Aufhebung des Belagerungszustandes — auf dem Programm habe. Und mit seiner Praxis der Durchführung demokratischer Erfordernisse steht es erst recht jämmerlich aus. Von einigen Personenwechsel und den Verfassungsänderungen darf man sich nicht täuschen lassen. Die Autokratie ist nicht abgeworfen; die sogenannte Volksregierung bescheidet sich mit einem Willkürbestimmungsrecht. Das Erstgeburtrecht beläßt man der Krone. Wer aber garantiert dafür, daß es nicht, bei einem kleinen Wandel der Dinge, die Militärpartei der öffentlichen Macht wieder bemächtigt? Die Spuren vergangener Zeiten und Ereignisse läßt man da schreien. Jedenfalls geben sie Anlaß, sehr vorsichtig und sehr mißtrauisch zu sein. Daß die militärischen Machthaber immer noch fast unbeschränkt herrschen, daß sie, lediglich aus taktischen Gründen, jetzt die Fäden etwas schleifen lassen, um den Anschein von einem Umschwung zur Demokratie nicht zu stören, das liegt doch deutlich genug zutage. Die Regierungssozialisten allerdings beteiligen sich mit Fleiß an der Verführung der öffentlichen Meinung. Sie reden und schreiben, als sei eigentlich schon die Hauptfrage zur Demokratisierung getan. Unter den Blättern, die also aufklären, steht das „Echo“ mit in der ersten Reihe. Jede andere Meinungsäußerung glaubt es mit dem Bemerkten abtun zu können, es handle sich nur um die Opposition von dummen Jungen und Mädels, unreifen Jugendlichen. So machte es das „Echo“ aus Anlaß der letzten Kundgebungen in Berlin. Gelegentlich der Rückkehr Liebknechts aus dem Zuchthaus leistete es sich zudem die tolle „Sozialists-Verbesserung“, Scheidemann hätte Liebknecht die Freiheit verschafft! Wahrlich, ein artiges Stillschicken. Wiederum täuschte das „Echo“ die Leser, indem es die große Kundgebung zur Stichwahl in Berlin sozusagen zu einem Dummengungenstreik kempfte, und ähnlich berichtete das „Echo“ von einer Aktion Unreifer, als sich in der vergangenen Woche, nach Schluß einer weit über Erwartungen stark besuchten, von der U. S. V. einberufenen Versammlung, ein Demonstrationszug durch die Stadt zum Rathaus bewegte, Amnestie, wirkliche Amnestie und Frieden fordernd. Nach dem gleichen Schema „märkte“ das „Echo“ die Öffentlichkeit auf, weil am Montagabend in einer im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung der Versuch der leitenden Scheidemanns, eine freie Aussprache zu verhindern, an dem Widerspruch der Versammlung gescheitert war. Jugendliche sollen es wieder gewesen sein, die einfach aus Uebermut die Versammlung gestört hätten. Mit solcher Art Schreiberlei u. a. das „Echo“ vielleicht die von ihm — theoretisch geforderte Verleihung des Wahlrechts an alle Personen über 20 Jahre — diskreditieren. Dummen Jungen und Mädels kann man doch das Wahlrecht nicht geben.

Mit der erwähnten Versammlung hatte es folgende Bewandnis. Sie war als öffentliche Frauerversammlung von der Regierungssozialisten und Bürgerlichen einberufen worden. Genossin Rich wollte die Sicherung haben, daß nicht die beiden Referentinnen den Abend ausfüllen und dadurch eine Aussprache unmöglich machen. Die Leiterin, eine Frau Reiche, wollte zunächst auf mehr sich nicht einlassen. Ihrer Diktatur widersprachen sogar bürgerliche Besucher der Versammlung. Schließlich, nachdem sie selbst erst eine Rede gehalten, erklärte Frau Reiche, die Referentinnen sollten je  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{4}$  Stunden sprechen, dann können die Aussprachen beginnen.

Dann konnte die bürgerliche Referentin ganz ungehindert sprechen. Als eine Anfrage dahin beantwortet wurde, von der Genossin Rich, die sich längst zum Wort gemeldet, läge keine Meldung vor, aber acht andere Redner resp. Rednerinnen — lauter Scheidemanns — seien eingerechnet, gab es natürlich Protest. Das Mandat war denn doch zu durchsichtig. Man wollte einfach unter keinen Umständen unsere Genossin zu Wort kommen lassen, darum die offensibare Schlingung. Auf Vorhaltung meinte die Leiterin noch höhnisch zu unseren Genossen: Kommt doch nicht in unsere Versammlungen, wir kommen auch nicht in eure! Damit hat die edle Seele, ohne es zu wollen, selbst der Rahe die Schelle umgehängt. Man schaut die freie Aussprache, weil man scheuen muß. Darum verachten diese „Demokraten“ kein Mittel, um eine Diskussion zu verhindern.

Die Versammlung ließ sich die Diktatur nicht gefallen, Frau Juchacz, die regierungssozialistische Referentin konnte nicht beginnen. Nun schreibt das „Echo“

wieder, Jugendliche hätten schon vorher erklärt, die Versammlung sollte gesprengt werden. Dagegen berichtet sogar das den Regierungssozialisten freundliche „Freundenblatt“, die Unabhängigen hätten nur die freie Aussprache verlangt. Weil man die Versammlung um dieses Recht betrügen wollte, dankte sie für das Referat der Frau Juchacz und für die Diktatur der Frau Reiche, der ein Stab der regierungssozialistischen Bürokratie Sukkurs leistete. So sehen die Repräsentanten der — Volksregierung und des neuen Kurles aus.

## Aus den Organisationen.

Spandau. Mittwoch, den 13. November, Jahlabend bei Gole, Schönwalderstr. 1.

Friedrichshagen. Mittwoch, den 13. November, Jahlabend im Jugendheim, Scharnweberstr. 60. Erscheinen aller Genossen ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Treptow-Baumhufenweg. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 13. November, gemeinsam für beide Ortsteile beim Gen. Kubat in Treptow, Parkstr., statt. Hochwichtiger Vortrag und sonstige Tagesordnung, daher zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Der Vorstand.

Stralau. Der gemeinsame Jahlabend findet am Mittwoch, den 13. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Franz Schütz, Markgrafenbaum 6, statt. Unzähligen Besuch erwartet.

Die Bezirksleitung.

Tempelhof. Mittwoch, den 13. November, im Lokal von Reimer, Ordensmeisterstr. 57, Jahlabend. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet vollzähliges Erscheinen.

Der Vorstand.

Waidmannslust u. Umgeb. Am kommenden Sonntag veranstalten die Genossen einen Unterhaltungsabend in Bernsdorf, Restaurant „Velleue“. Da diese Veranstaltung einen guten Zweck haben soll, bitten wir alle Genossen, daran teilzunehmen.

Der Vorstand.

Cöpenick. Am Sonntag, den 3. November, fand im Saale des „Kaiserhof“ eine vom Wahlverein der U. S. V. veranstaltete öffentliche Mitgliederversammlung statt. An Stelle des in Aussicht genommenen Genossen Carl Liebknecht, der am Erscheinen verhindert war, sprach Genosse Müller vor etwa 1500 Personen über das Thema: „Die deutsche Arbeiterchaft und die politische Lage.“ In würdiger Weise hörte die Masse der Kopf an Kopf. Sieheuten die wohlüberdachten Ausführungen der Referenten an, durch entsprechende Jurale einige markante Ausführungen unterstreichend und durch Beifall am Schluß bezeugend, wie er den Massen aus der Seele gesprochen über die jammervolle Lage, in die das Volk durch die herrschende Klasse gebracht ist. Die einzelnen Diskussionsredner brachten ihr Guterständnis mit dem Gehörten zum Ausdruck, dabei durchweg betonend, daß durch die Zusammenfassung aller Kräfte für die Idee des Sozialismus und die Abschüttelung der unerträglich gewordenen Lasten nur eine Befreiung möglich sei und daran jeder Einzelne arbeiten müßte als Sozialist und als Arbeiter. — Die anwesenden wenigen organisierten Regierungsschächseln schlichen nach der Versammlung als mit bösem Gewissen behaftet von dannen, ohne nur einen Versuch zum Gebrauch von der freien Diskussion gemacht zu haben. Für uns aber ist diese erste Versammlung der Beweis, daß wir liegen werden: Trag und alledem!

## Vereins-Veranstaltungen.

### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 10. Novbr., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neudöln, Idealcasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43 bei O. Kamp; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10 $\frac{1}{2}$  Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: „Aus der Entstehungsgeschichte der Bibel.“ — Gäste willkommen.

## Quittung.

Der Kasse des 4. Kreises wurden zugeführt: Jährling 2.—, Kleisen 1,50, Knauer 3.—, Holzwich 1,50, F. Baumgarten 5.—, Tuppe 1,40, Kretschmer 5.—, Schenk 1,50, A. Stegle 6.—, Wittenberg 1.—, Klesegang 1,50, R. Hefel 1,70, Lang 20.—, Adamski 1,50, Tons 1,50, Garfiedt 2,50, Werner 2,50, Krohmann 2.—, Ralkowski 1,50, Peppin 2.—, Heldebrim 1,50, Eichhorn 1,50, Geruth 1,50, Robis 1,50, Seigel 1,50, Kapanne 5.—, A. Baumgarten 2.—, Robert 1,50, Rübow 1,50, Damm 2.—, Karl 1,50, Tieg 3.—, Cwitk 2,10, Bahlemann 1,50, P. Schulz 1,50, Wührs 1,50, Radow 1,50, Kleinämstedt 1,50, Range 2.—, Hoffmann 2.—, Bierfreund 1,50, Zeuner 1,50, Kargel 1,30, Kauert 3.—, F. Hefel 1,70, Traag 1,50, F. Dehl 1,50, Diverse durch Jubel 12,80, Diverse durch Jubel 32,10, A. Wahnert 3.—.

H. Barentzin, Königsberger Str. 27.

Im Verbondsbüro gingen ein für Parteigelder: Ueberlaß vom Mitteilungsblatt der Firma Manoll durch Wirt 8.—, durch Henmann 20.—, Klemens 1. Rate 10.—, 2. Rate 10.— M.

Für Unterhaltungsabende: 100 M. vom Kolonialband der Glasarbeiter Stralau durch Rang.

## Danksagung.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Viktor Malina sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, Genossen und Genossinnen, meinen herzlichsten Dank.

Marie Malina, Weberstr. 2.

**U. Hoffmann's Verlag**  
Theater-, Buch- und Musikalien-Literatur  
G. m. b. H.

Berlin O. 27, Blumenstraße 22, I.

Bestellungen auf alle Erscheinungen des Bücher- und Musikalienmarktes werden prompt und zu Original-Verlegerpreisen ausgeführt.

Es empfiehlt sich,

Bestellungen auf Festgeschenke recht frühzeitig anzugeben.

Schriften, Theater- und Musikalienkataloge auf Wunsch gratis und franko.

Für Theateraufführungen, Unterhaltungs- und Bunte Abende

Auswahlfendungen

an Vereine bereitwilligst. (Vereinstempel ist der Bestellung beizubringen und die Nummer des Kataloges anzugeben.)

Der Verlag übernimmt Herausgabe und Vertrieb aller Buch- und Theaterliteratur, die dem freien Gedanken und den Prinzipien der wahren Sozialdemokratie nicht widersprechen.

Der freundlichen Unterstützung aller Gesinnungsgenossen entgegengehend  
D. O.

**„Männer- und Frauen-Chor Ost“**

Vereinigung zur Pflege des vollstimmlichen Chorgesanges.  
Mitgl. d. D. A. S. V. Chormeister: Herr W. Zahn.

Sonntag, den 17. November 1918:

**Herbst-Konzert**

in der Sings-Akademie (am Kastanienwäldchen).

Mitwirkende:

Kammermusik-Quartett Steiner Rothstein.

Orgel und Flügel: Herr Walter Zahn.

Anfang 7 Uhr.

Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Programmhefte à 1,25 Mk. zu haben bei: Paul Schneider, Hufelandstr. 80, im Zigarongeschäft; Karl Gerbig, Kleberdamm Str. 8; Frau Meyer, Friedrichsfelder Straße 12; Otto Marquardt, Petersburger Str. 55; Max Ruffant, Marienburger Str. 7 und im Wahlvereinsbüro.

**Verband der Tapezierer.**

Zentrale Berlin.

Am Donnerstag, den 14. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1:

**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:

1. Die Verhandlung mit den Vertretern der Arbeitgeber über das Tarifabkommen.
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

**Velten.**

Sonnabend, den 9. November, abends 7 Uhr, findet in Velten im großen Saale von Grunow, Wilhelmstraße, eine

**Oeffentliche Volks-Versammlung**

statt. Tagesordnung:

1. „Die Arbeiterschaft und der Friede.“ Referent: Frau Luise Zieg.
2. Diskussion.

Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen.

Der Einberufer.

Unseren lieben Genossen

**Reinhold Walter nebst Gemahlin**  
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.  
Die Mitglieder des Bezirks Stralau.

**Voranzeige!**

Voraussichtlich findet am 16. November ein

**Konzert**

zum Besten der Kinderschulskommission in der Stadthalle, abends 7 Uhr, statt.

Näheres wird noch bekanntgegeben.

**Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.**

Ortsgruppe Pirmasens.

Den Genossinnen und Genossen sowie Lesern des Mitteilungsblattes die traurige Mitteilung, daß die moderne Krankheit uns 2 brave langjährige Genossen aus unserer Mitte riß.

**Wilhelm Pfersdorf**

61 Jahr alt und

**Ludwig Bohrer**

57 Jahr alt.

Ihr Wunsch, an dem vielleicht baldigen sozialistischen Erntefest teilzunehmen zu können, ist ihnen leider verlagert geblieben. Die Vorstandschaft.

**Nachruf!**

Am 21. Oktober verstarb unsere liebe Freundin und Genossin

**Erna Matusek**

im 18. Lebensjahr.

Ihr edles, offenes Wesen wird uns unvergeßlich bleiben.

Die Freunde und Freundinnen der Freien Jugend NO.

**Nachruf!**

Am 29. 10. verstarb unerwartet unser lieber Freund, der Musikler

**Arthur Böhme.**

Zweimal von seinen Verwundungen genesen, ist er nun einer tödlichen Krankheit erlegen. Er ist mit seinem Bruder ein Opfer dieses entsetzlichen Krieges geworden.

In seinem Freundeskreis ist ihm ein dauerndes Andenken gesichert.

Seine Freunde.

**Kreiswahlverein Niederbarnim.**

Die unabhängige Sozialdemokratie des Kreises Niederbarnim hat den Verlust eines braven, tatkräftigen Genossen zu beklagen.

Nach langer, schwerer und sehr schmerzhafter Krankheit ist unser Genosse

**E. Wojszkowski,**

Bezirksvorsitzender von Neuenhagen, durch den Tod von seinen Leiden erlöst worden. Noch während der letzten Reichstags-Ergebniswahl verließ unser teurer Genosse das Krankenhaus, nur um sich während der Wahlbewegung seinem Bezirk mit seiner reichen Erfahrung als Ansporn zur Agitation zur Verfügung zu stellen. Der Glaube an den endlichen Sieg des Sozialismus hielt ihn trotz seiner körperlichen Gebrochen immer wieder aufrecht. Als glühender, begeisterter Bannenträger des internationalen Sozialismus ist er ins Grab gesunken mit dem einzigen Trost: Das Banner bleibt stehen, wenn der Mann auch fällt.

Der Kreisvorstand.

**Wahlverein Treptow-Gaumnishulenberg.**

(u. S. P. D.)

**Todesanzeige!**

Den Parteigenossen und Genossinnen, sowie allen Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß plötzlich und unerwartet unser 2. Vorsitzender, der Tapezierer, jetzige Krankentassenangestellter

**Paul Horst,**

Gräßstr. 15,

im 48. Lebensjahre, ebenfalls seine Ehefrau, infolge eines Unglücks durch Gasvergiftung am Freitag, den 25. Oktober resp. am 26. Oktober verstorben sind.

Wir verlieren in den uns so tragisch Entziffenen verdienstvolle Parteifreunde.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

**Sozialdemokr. Wahlverein Randow-Greifenhagen.**

(u. S. P. D.)

**Nachruf!**

Unser langjähriges treues Mitglied, der Fliesenleger

**Paul Becker**

ist am Sonntag, den 3. Nov., früh, nach kurzem Krankenlager gestorben.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

**Nachruf!**

Am 10. Oktober 1918 verstarb nach einer schweren Magenoperation im Ref.-Laz. Insterburg unser Freund und Kommissionskollege

**Max Lüh.**

Wir verlieren in ihm ein tüchtiges Kommissionsmitglied und werden sein Andenken stets wahren.

Die Beerdigung hat bereits in Insterburg stattgefunden.

Die Branchenleitung der Maschinenarbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

**Sozialdem. Wahlverein Johannisthal.**

(u. S. P. D.)

Als Opfer dieses granenerregenden Völkermordens fiel am 2. Oktober der Jugendgenosse

**Max Palm**

im 21. Lebensjahr. Er war lange Zeit Mitglied unseres Arbeiterjugendvereins und wirkte dort auch bis zum letzten Moment für unsere Sache in reger Tätigkeit. Ein ehrendes Andenken wird ihm in unseren Reihen stets bewahrt bleiben.

Der Vorstand.

**Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!**

**4. Wahlkreis.**

Im Oktober fiel im Alter von 32 Jahren unser Genosse, der Tischler

**Emil Hinz**

Rottbuser Ufer 9, Bezirk 205 I.

**5. Wahlkreis.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

**Max Kenmoski**

1. Abteilung,

der seit Beginn des Krieges im Felde stand, an den Folgen einer Krankheit gestorben ist.

**Wahlverein Kenhölln.**

Am Mittwoch, den 23. Oktober, starb im Feldlazarett einer unserer braven Genossen, der Pionier

**Gustav Vogel**

Prinz Handjersstr. 35, 20. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

**Nachruf.**

**2. Wahlkreis.**

2. Abteilung, Bezirk 47 (Westen).

Am 31. Oktober verstarb nach kurzem Krankenlager unsere Genossin

**Auguste Meyer**

Bühlowstraße 7 (Bärensprung)

im Alter von 48 Jahren.

**4. Wahlkreis.**

Am 5. November verstarb unsere Genossin

**Margarete Täsch**

Kopernikusstr. 7.

Die Beerdigung findet am Montag, den 11. Nov., nachmittags, auf dem Gemeindefriedhof in Buch statt. Abfahrt Stettiner Bahnhof 12<sup>15</sup> Uhr.

Am 8. November verstarb unsere Genossin

**Berta Fiebig**

Rochmannstr. 32, Bezirk 418.

Am 29. Oktober verstarb unser Genosse, der Fensterputzer

**Viktor Malina**

Weberstr. 7, Bezirk 169.

Im Oktober verstarb unsere Genossin, die Bezirksführerin

**Hedwig Husak, geb. Aug.**

Langenbeckstr. 11, Bezirk 886.

Am 28. Oktober verstarb unser Genosse, der Maurer

**Hermann Schulz**

Guoystr. 26, Bezirk 187 I.

Am 2. November verstarb unsere Genossin

**Helene Löhner**

Strausberger Straße 18, Bezirk 272.

**Wahlverein Kenhölln.**

Am Mittwoch, den 29. Oktober, verschied nach kurzem, schweren Leiden unser Mitglied, der Genosse

**Paul Pierich**

im 81. Lebensjahre.

Im Budower Krankenhaus starb unser Mitglied, der Genosse

**Arijus**

24. Bezirk.

**Wahlverein Adlershof.**

Am 29. Oktober 1918 starb nach kurzem Krankenlager unser treues Mitglied, der Metallbinder

**August Gudwald**

im Alter von 48 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

## Zur Stadtverordnetenwahl im 48. Kommunalwahlbezirk.

Am Sonntag, den 17. November müssen die Wähler im 48. Kommunalwahlbezirk eine Erziehungsvorwahl vornehmen. Sie sollen einen Vertreter in das Rathaus senden. In der heutigen hochpolitisch gespannten Situation treten Stadtverordnetenwahlen in den Hintergrund. Immerhin kann es der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht gleichgültig sein, wer als ihr Vertreter im Rathaus sitzt.

Auch im Rathaus tun sich die Klassengegensätze auf. Bank- und Börseninteressenten vereint mit dem des Hausagrariertums spielen dort die ausschlaggebende Rolle. Die Vertreter des Goldsacks sind in-folge eines privilegierten Klassenwahlrechts ausschlaggebend. Sie vertreten die Interessen ihrer Klassen-genossen. Diese Interessen stehen aber den der wert-tätigen Bevölkerung diametral gegenüber. Und deshalb muß die letztere ihre Interessen durch eigene Vertreter ihrer Klasse wahrnehmen lassen. Das geschieht nur in stetem Kampfe. Durch ein sein ausgeügeltes Wahlrecht ist der Einfluß der breiten Masse des Volkes auf die Gestaltung der Gemein-de-interessen sehr eingengt, aber gerade deshalb muß dieser Einfluß bis auf die äußerste Ausgenutzt werden. Nicht immer ist allein die Zahl ausschlaggebend. Sehr wertvoll ist vor allem der ständige zähe Kampf, die herrschende Klasse fortgesetzt zu neuen Zugeständnissen zu nötigen. Freiwillig erhält das arbeitende Volk teinerlei Verbesserungen ihrer sozialen Lage. Alles muß in harten Kämpfen abgerungen, abgetrotzt wer-den. Nur muß die Wählerschaft sich ihre Vertreter ge-nau ansehen. Sie darf keine Schaukelpoppen als ihre Vertreter bestimmen. Das hat die Kriegszeit hin-länglich bewiesen. Die Wähler können nur Männern ihre Stimmen geben, die auch in den Stürmen des Weltkrieges der herrschenden Klasse ihren Willen, ihre eigene Politik entgegensetzten. Nur die Unabhängige sozialdemokratische Partei kann von sich mit Stolz sagen, daß sie es ist, die der herrschenden Klasse und der Regierung gegenüber furchtlos und uner-schrocken die Interessen der Arbeiterklasse entgegenge-setzt hat und noch entgegensetzt. Von denselben Ge-sichtspunkten läßt sich auf kommunalem Gebiete die

Unabhängige sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion leiten. Die Wähler der 3. Abteilung können am 17. November keine andere Wahl treffen, als dem Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, dem Geschäftsführer Adolf Harndt ihre Stimme zu geben.

## Die gewerkschaftliche Kriegspolitik.

Die freigewerkschaftliche „Holzarbeiter-Zeitung“ sucht in ihrer Nummer 43 vom 26. Oktober 1918 die Leser über die Mitschuld der Gewerkschaften an dem langen Krieg hinwegzutäuschen. Sie schreibt:

„Der von unseren Nachhabern geflüstert genährte Traum von einem „Siegfrieden“ ist ausgeträumt. Wir müssen jetzt zu einem Frieden kommen, der nur für einen schweren Preis zu erlangen sein wird. Ton und Inhalt der Reden, mit denen der amerikanische Präsident Wilson das deutsche Friedensangebot beantwortet hat, lassen deutlich erkennen, daß die feindlichen Mächte die Absicht haben, den Übermut des Siegers voll auszu-kosten. So schmerzhaft das für uns, für die breite Masse des Volkes ist, die den Siegespreis zahlen muß, so müssen wir doch anerkennen, daß dieser Übermut auf der Gegenseite nur zu begreiflich ist angesichts der Hal-tung, welche die maßgebenden Kreise bei uns all die Zeit hindurch eingenommen haben. Zwar hat sich die Mehrheit des Reichstages in der Resolution vom 19. Juli 1917 für den Verständigungsfrieden ausgesprochen, aber die Verfechter des Friedens ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen haben sich fortgesetzt nicht nur Verdäch-tigungen, sondern auch Verfolgungen ausgesetzt. Die Eroberungspolitik hatten die tatsächliche Macht in Händen. Ihr Wirken hat die Zahl der Feinde ver-mehrt, sie haben es verhindert, daß das Volk die Wahr-heit über den Stand der Dinge erfährt. Die bürgerliche Regierung war nur eine Kulisse für den Militarismus, der in Wirklichkeit bei uns herrschte, und dessen Wirken man auf allen Gebieten verspürte. Hätte er sich nach außen als dauernd erfolgreich erwiesen, dann wäre auch seine Macht im Innern gesichert gewesen. Mit der Wendung des Kriegsglücks mußte seine Herrschaft zusammen-brechen.“

Tatsächlich sind die Gewerkschaften mindestens ebenso eifrige Verfechter des Siegfriedens gewesen, als es die

Militärpartei war. Man sehe sich z. B. nur das im Jahre 1915 von den Beamten der freien Gewerkschaften herausgegebene Buch: „Arbeiterinteressen und Kriegs-ergebnis“ an, das geradezu ein Programm für den Siegfrieden im Sinne der Unentschiedenen und der Militärpartei ist. Was sagten die Mitarbeiter dieses Buches?

M. Kanfer, der Redakteur der „Holzarbeiter-Ztg.“, suchte darin die Arbeiter vor einer Niederlage Deutsch-lands im Weltkriege zu warnen: „Ganz abge-sehen davon, daß die Zerstückelung Deutschlands, die unsere Niederlage zur Folge hätte, für jeden Vater-landsfreund ein unerträgliches Gedanke ist, würde eine solche Niederlage uns auch die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen bringen. . . . Der Sieg Deutschlands er-öffnet die Aussicht auf einen flotten Geschäftsgang.“

Aloys Standinger, Redakteur des „Stein-arbeiter“, meinte: „Wir gehören nicht zu denjenigen, die tagtäglich das Wort im Munde führen: Was wird mit der Internationale? . . . Aus nationalen Grün-den haben wir ein Interesse daran, daß Deutschland siegt. Wir würden es sehr schmerzhaft finden, wenn es den Gegnern gelingen würde, von dem Bestand des deutschen Territoriums einige Provinzen abzutrennen. . . . Die Steinarbeiter hoffen ebenfalls, daß sich das Kriegs-glück auch fernerhin den Waffen der Zentralmächte zu-neigen wird.“

H. Krätzig, Redakteur der „Textilarbeiter-Ztg.“, bezeichnet es als eine unbedingte Notwendigkeit, „Be-strebungen zu unterstützen, die zum Ziele haben, die deutsche Textilindustrie mit ihrem Rohstoffbezug von England unabhängig zu machen. . . . Vielleicht führt der Krieg auch zu Veränderungen in den Besitzverhält-nissen von anderen Landgebieten, die heute unter der politischen Herrschaft Englands stehen.“

August Winnig, stellvertretender Vorsitzender des Bauarbeiter-Verbandes, verlangt von seinen Berufs-genossen soviel Einsicht, daß im Interesse des ganzen Gewerbes der Sieg Deutschlands aufs innigste zu wün-schen sei. Man dürfe nicht auf die Phrasen von der Verdammungswürdigkeit des deutschen Militarismus hineinfallen!

Also Sieg, Sieg, nur immer wieder Sieg. Aber keiner von den obengenannten Herren hat die Absicht,

## Die Dekatondeiren. (Die Hundertarmigen.)

Von Karl Weiser.

Es qualmt die Esse, es rassel das Rad,  
Die Hämmer pochten früh und spät,  
Die Hebel ächzen, der Ofen glüht,  
Es dröhnt der Menschen ehernes Lied.  
Und über der Arbeit schwer und heiß,  
Geneht von Tränen, Blut und Schweiß, —  
Da sprechen sie Alle,  
Die feilend und pochend  
Und hämmern und lochend  
Und drehend und schärend  
Und Werkzeug führend,  
Mit tosendem Schalle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:

„Wir schmieden,  
Wir schmieden  
Die Klüftung der Zeit,  
Die uns einst befreit!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Wis, erwacht,  
Im Kampf für sein Recht  
Dich trägt der Knecht  
Aus der Nacht  
An das fröhliche Licht,  
Bis die Kette bricht  
Und der Mensch wird frei!“

Es qualmt die Esse, es rassel das Rad,  
Es tanzen die Spindeln früh und spät,  
Die Hebel ächzen, der Ofen glüht,  
Es singen die Schiffchen ihr schmerzend Lied.  
Und über die Arbeit schwer und heiß  
Geneht mit Tränen, Blut und Schweiß, —  
Da sprechen sie Alle,  
Die hechelnd und raschelnd  
Und spinnend und kaspelnd  
Und ordnend und richtend  
Und Fäden schlichtend,  
In dumpfer Halle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:

„Wir weben,  
Wir weben  
Zum kommenden Streik  
Das rote Kleid!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Wis, erwacht,  
Im Kampf für sein Recht  
Dich trägt der Knecht  
Aus der Nacht  
An das fröhliche Licht,  
Bis die Kette zerbricht,  
Und der Mensch wird frei!“

Es qualmt die Esse, es rassel das Rad,  
Die Hämmer pochten früh und spät,  
Die Hebel ächzen, der Ofen glüht,  
Der Amboss dröhnt und klingt sein Lied.  
Und über die Arbeit schwer und heiß  
Geneht in Tränen, Blut und Schweiß, —  
Da sprechen sie Alle,  
Die hämmern und stredend  
Und stählend und redend  
Und schleifend, polierend,  
Und damaszierend  
Mit rasselndem Schalle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:

„Wir schärfen,  
Wir schärfen  
Das Schwert der Zeit,  
Die uns befreit!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Wis, erwacht,  
Dich schwingt der Knecht  
Für sein gutes Recht  
In der Schlacht,  
Bis dich grüßt das Licht,  
Bis die Kette bricht  
Und der Mensch wird frei!“

Es wülfet der Flug, die Egge scharrt,  
Von Sackeln und Sensen das Feld erharret,  
Die Fellen erdröhnen vom Wechsellschlag,  
Die Mählen klappern Radt und Zag.  
Und über die Arbeit schwer und heiß  
Geneht mit Tränen, Blut und Schweiß, —  
Da sprechen sie Alle,  
Die mahlend und pflügend  
Und Garben fägend  
Und dreschend und mähend  
Und pflanzend und säend  
In Feld und Halle  
Geschäftig sich regen,  
Den seltsamen Segen:

„Wir säen,  
Wir säen  
Den Samen zum Streit:  
Den Hunger der Zeit!  
Gedeih!  
Gedeih!  
Wis, erwacht,  
Vom Orange der Rot  
Begehrt sein Brot  
Mit Macht  
Das Proletariat,  
Bis die eigene Saat  
Auch die Frucht ihm sei!“

Die Feder raschelt, das Auge blüht —  
Das sinnende Haupt in die Hand gestützt,  
Sitzt spät, wenn im Lohase schon alles ruht,  
Der Mann des Geistes bei der Lampe Glut.  
Und über die Arbeit schwer und heiß  
Geneht mit Tränen, Blut und Schweiß, —  
Da sprechen sie Alle,  
Die forschend und sinnend,  
Ideen gewinnend  
Und schreibend und drehend  
Und rechnend und schlichtend  
In stiller Halle  
Beschreiben sich regen,  
Den seltsamen Segen:

„Wir denken,  
Wir denken  
Zum Weltensirak  
Den Schlachtplan aus.  
Gedeih!  
Gedeih!  
Wis, erwacht,  
Von des Schlafes Damm,  
Dir folgt, wie ein Mann,  
Aus der Nacht  
Das Volk zum Licht!  
Bis die Kette zerbricht  
Und der Mensch wird frei!“

Der Spaten klagt, die Scholle weicht,  
Die ädernde Hand tiefer steigt,  
Die Grube wird tief und lang und breit,  
Die Cypresse schüttelt ihr Trauerkleid,  
Und über die Arbeit schwer und heiß  
Geneht mit Tränen, Blut und Schweiß, —  
Da sprechen sie Alle,  
Die Steine hadend  
Und Erde hadend  
Und Spatenstechend  
Und schollenbrechend  
Mit dumpfem Schalle  
Gespenstig sich regen,  
Den seltsamen Segen:

„Wir graben,  
Wir graben  
Ein großes Grab,  
Da senkt man hinab  
Ohn' Sang  
Und Klang  
Die alte Zeit  
Und die Tyrannei  
Und darüber frei!  
Soll erstich'n  
Der Tempel des Rechts,  
Auf dessen Föh'n  
Der Liebe Fahnen weh'n  
Und der Welterschleier!“

persönlich fliegen zu helfen; sie haben sich alle vom Heeresdienst reklamieren lassen. Davon, daß die deutsche Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Alldeutschen und der Militärpartei eine selbständige, auf die alsbaldige Selbstführung des Friedens gerichtete Politik treiben müsse, ist in dem ganzen Buche kein Gedanke. Noch einige Inhaltsangaben daraus:

F. Weidner, Redakteur der „Bäder-Zeitung“, behauptet darin, der Zentralverband der Bäder und Konditoren habe ein starkes, unmittelbares Interesse daran, daß der Krieg mit einem vollen Sieg der deutschen Waffen ende.

Josef Scherm, Redakteur der „Metallarbeiter-Ztg.“, wünschte den Sieg Deutschlands und Oesterreichs, und die Arbeiterschaft müsse alles dazu Förderliche tun, damit die Gegner gezwungen seien, in dieser oder jener Form die deutschen Kriegskosten zu ersetzen.

Emil Rieth, Vorsitzender des Buchbinder-Verbandes, trat für den ungeschmälersten Bestand Oesterreichs ein, das seinen Hafen Triest nicht verlieren dürfe. Peter Blum, Vorsitzender des Verbandes der Saitler und Vorteseuiller, erklärte, streng an der Parole festhalten zu wollen: Deutschland muß fliegen. Wlth. Jansson, zweiter Redakteur des „Correspondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“, verspottete den „pazifistischen Verbrüderungstraum“.

So sah die Kriegspolitik der Gewerkschaften bis in die neueste Zeit hinein aus. Man erinnert sich an ihre Huldigung vor der Militärdiktatur, indem sie sich an der Ludendorff-Spende beteiligten. Die Gewerkschaften mußten, was die Ludendorff-Spende bedeutete. Sie war ein Kotau vor dem wirklichen Herrscher Deutschlands. Das „Berliner Tageblatt“ umschreibt in seiner Nummer vom 27. Oktober 1918 die Machtfstellung, die Ludendorff jahrelang in Deutschland gehabt hat. Das Blatt sagt ausdrücklich, er habe Deutschland wie ein Diktator beherrscht: „Das Publikum, dem man nur wenig sagen durfte, hat von dieser Diktatorgewalt, ihrer Anwendung und ihren Wirkungen nur eine sehr unzureichende Vorstellung gehabt, aber um so mehr haben die Regierungen und alle, die an der Politik irgendwie teilnehmen mußten, die unablässige, ruheloze und gefährliche Tätigkeit dieser allmächtigen militärischen Persönlichkeit verspürt.“ Trotzdem die Huldigung der Gewerkschaften mit der Ludendorff-Spende!

Es ist also eine geschichtliche Unwahrheit, zu behaupten, daß die Befürworter des Siegfriedens lediglich auf Seiten der Alldeutschen und der Militärpartei gewesen seien. Vielmehr haben auch die Gewerkschaftsführer jahrelang in gleichem Sinne auf die Arbeiterschaft eingewirkt. Die Annahme der Wilsonschen Bedingungen ist auch ein Zusammendruck der Kriegspolitik, die von der Gewerkschaftsbürokratie betrieben worden ist.

## Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede.

Im Juli 1917 anläßlich der geplanten Stockholmer Konferenz hat die Leitung der Unabhängigen Partei gleich den anderen Parteien der Internationale ihre Anschauungen über den kommenden Frieden in einem Manifest zusammengestellt. Die Militärzensur verbot damals die Veröffentlichung dieses Manifestes und hat dieses Verbot bis in die neueste Zeit aufrecht erhalten. Heute gilt diese Bevormundung nicht mehr, wir bringen dieses Dokument daher heute unseren Lesern zur Kenntnis, denn es ist gerade heute von aktueller politischer Bedeutung. Es lautet:

Die deutsche Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie hat für die Stockholmer Internationale Konferenz ihren Standpunkt in folgendem Manifest zusammengestellt:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht in ihrer Friedenspolitik wie in ihrer gesamten Politik aus von den Gesamtinteressen des internationalen Proletariats und der sozialen Entwicklung.

Diese Interessen erheischen den sofortigen Frieden. Wir fordern beim Friedensschluß ein internationales Übereinkommen über allgemeine Abrüstung. Dies ist das wichtigste Mittel, den geschwächten Völkern überall wieder zu stärken, dem niedergetretenen ökonomischen Leben der Völker in absehbarer Zeit wieder zum Aufschwung zu verhelfen. Nur so kann die Herrschaft des Militarismus gebrochen, können die Beziehungen der Völker zu einander für die Dauer friedlich gestaltet werden.

Wir fordern die volle Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit zur Entfaltung der Produktivkräfte der Welt und zur Annäherung und Verbindung der Völker.

Wir verwerfen die wirtschaftliche Absonderung oder gar den Wirtschaftskampf der Staaten. Zur Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten ist das internationale Schiedsgericht obligatorisch zu machen.

Wir fordern internationale Verträge zum Schutz der Arbeiter vor Ausbeutung, insbesondere zum Schutz der Kinder und Frauen, gemäß den Grundgesetzen der internationalen Sozialdemokratie. Mit der gewaltig gesteigerten Verwertung der Frauenkraft im gesellschaftlichen Produktionsprozeß ist die Anerkennung voller politischer Rechte an die Frauen eine soziale Notwendigkeit geworden. Unerlässlich ist die Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne

Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Rasse, Sprache, Religion. Das schließt ein den Schutz der nationalen Minoritäten zur Betätigung ihres nationalen Lebens.

Die nationale wie soziale Befreiung der Völker kann nicht das Werk eines Krieges der Regierungen, sondern nur das Werk der Demokratie sein, für deren volle Durchführung die Völker unablässig den nachdrücklichsten Kampf zu führen haben. Die Ueberwachung der auswärtigen Politik der Regierungen durch die Demokratie eines jeden Staates wird zur Verhütung aggressiver Schritte führen. Die Geheimverträge sind abzuschaffen. Alle Staatsverträge sind fortan von der Zustimmung der Volkvertretung abhängig zu machen.

Die Vera großer innerer Umwälzungen, vor der wir stehen, wird die Lösung der vielen Probleme zeitigen, die der Krieg aufgeworfen oder verschärft hat. Diese Fragen sollen aber nicht durch Krieg oder Kriegsglück entschieden werden. Das Uebel des Weltkrieges ist viel größer als die Uebel, die er nach der Meinung der Kriegspolitiker heilen soll.

Ohne die Staatsgrenzen, die das Ergebnis von Eroberungen sind und vielfach in Widerspruch zu den Bedürfnissen der Völker stehen, als unantastbar zu betrachten, lehnen wir den Krieg überhaupt und also auch seine Verlängerung als Mittel zur Regelung der Staatsgrenzen ab. Grenzveränderungen müssen an die Zustimmung der davon betroffenen Bevölkerung gebunden werden, dürfen nicht aufgezwungene Gewaltakte sein.

Jeden Versuch, irgendein Volk in irgendeiner Form zu vergewaltigen, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück.

Seit Beginn des Krieges fordern wir konsequent einen Frieden ohne Annexionen und Kontraktionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Unvereinbar mit den sozialdemokratischen Grundgesetzen ist jene Auffassung, die, aus militaristischem Denken und nationalistischer Machtpolitik entspringen, die Stellung zu einem Problem von der jeweiligen Kriegslage abhängig macht und deshalb in den verschiedensten Stadien des Krieges zu einer verschiedenen Beurteilung einer und derselben Frage gelangt.

Unsere Aufgabe ist nicht, für alle Einzelfragen, die beim Friedensschluß eine Rolle spielen werden, hier ein Programm aufzustellen. Ueber die Fragen jedoch, die im Mittelpunkt der Erörterung stehen, erklären wir schon heute folgendes:

Die Wiederherstellung Serbiens als eines selbständigen und unabhängigen Staates ist ein unbedingtes Erfordernis. Wir verkennen nicht, daß der Drang der Serben nach Vereinigung in einem Nationalstaat wohl begründet ist. Die Bildung eines solchen Staates und eine Zusammenfassung mit den übrigen Balkanstaaten zu einer republikanischen Balkanföderation wäre das höchste Mittel, dauernd befriedigende Zustände auf dem Balkan zu schaffen. Interventionen des Auslandes auszuschließen und die Orientfrage als Kriegsursache zu beseitigen. Dieses Ziel durch den Krieg zu verfolgen, bedeutet aber nur dessen nutzlose Verlängerung.

Wir verstehen das tiefe Sehnen des polnischen Volkes nach nationaler Vereinigung. Der Standpunkt, das Recht der Polen auf nationale Selbständigkeit durch die Kriegslage zu bestimmen, dieses Recht den Polen in russisch-polen zuzubilligen, dagegen für preussisch und österreichisch-polen zu leugnen, ist im Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrecht. Wir lehnen aber auch hier die Fortführung des Krieges als Mittel zur Durchsetzung dieses Rechtes ab.

In gleicher Weise verwerfen wir dieses Mittel zur Lösung der elbisch-lithauischen Frage und befinden uns dabei in Übereinstimmung mit Engels und Jaures. Die Verlängerung des Krieges um Elbisch-Lithauens willen bedeutet heute, daß die ganze Welt, Elbisch-Lithauens imbegriffen, wegen der Streitfrage des nationalen Bedürfnisses dieser Bevölkerung verunstaltet, und daß mehr Menschen auf den Schlachtfeldern vernichtet werden, als Elbisch-Lithauens Einwohner zählt.

Aber wie Engels 1892, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Frankfurter Frieden, so können wir uns heute recht recht nicht der Erkenntnis verschließen, daß die elbisch-lithauische Bevölkerung, die 1871 gegen ihren Willen annektriert wurde, solange nicht zur Ruhe kommen wird, bis ihr die Gelegenheit gegeben ist, sich in direkter unbeeinträchtigter Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit selbst zu äußern.

Wird die Abstimmung in voller Freiheit in Ruhe, vielleicht nach einer im Friedensvertrag festzusetzenden Zeit vollzogen und ihr Ergebnis von vornherein als bestimmend für die endgültige Regelung der Streitfrage anerkannt, dann wird der unheilvolle Gegensatz beseitigt, der Deutschland und Frankreich fast schon ein halbes Jahrhundert trennt, den Militarismus hüten und drüben fördert, beide Staaten ökonomisch schwer belastet und der Demokratie große Hemmnisse in den Weg legt.

Ein schwerer Alb wäre von ganz Europa, nicht zum mindesten von Deutschland selbst gewagt; das deutsche Volk würde ökonomisch, politisch und moralisch dabei weit mehr gewinnen, als es verlieren könnte, selbst wenn die Entscheidung anders ausfiel, als es sie voraussetzt.

Die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens ist unabweisbar. In Erfüllung des feierlichen Versprechens, das die deutsche Regierung bei Kriegsbeginn gegeben hat, sind dem belgischen Volke auch die durch den Krieg verursachten Schäden, insbesondere die weggenommenen wirtschaftlichen Werte, zu ersetzen.

Ein derartiger Versuch hat nichts zu tun mit jener Art von Kriegsentwürfungen, die eine Plünderung des Besiegten durch den Sieger bedeuten und die wir deshalb verwerfen.

Als Gegner jeder Eroberungspolitik um Fremdherrschaft lehnen wir auch nach wie vor die Politik kolonialer Eroberungen ab. Der Besitz einer jeden Kolonie ohne Selbstverwaltung der eingeborenen Bevölkerung ist nichts anderes als der Besitz unfreier Menschen, und ebenso wie die Sklaverei unvereinbar mit unseren Grundgesetzen. Weder bei der Erwerbung noch beim Besitzwechsel von Kolonien wird in Wahrheit das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner respektiert. Der Besitz

von Kolonien ist überdies für die industrielle Entwicklung nicht erforderlich. Also weder Gründe des Rechts, noch das ökonomische Interesse der arbeitenden Klassen, sondern allein politische Einsicht erfordern es, daß auf kolonialem Gebiet durch den Friedensvertrag nicht Verträge vorgenommen werden, die einen neuen Kriegsgrund bilden könnten.

Der Friedensvertrag wird nur gesichert sein, wenn eine internationale Kraft über ihn wacht.

Diese Kraft erblicken wir nicht in einer internationalen Regierungsbehörde, sondern in dem internationalen sozialistischen Proletariat. Nur wenn die Internationale selbständig und kraftvoll aufgebaut wird, wenn das Proletariat ihr überall seine volle Macht für die Kontrolle über die Regierungen und für die Erhaltung des Friedens leiht, wird in Zukunft an Stelle des verhängnisvollen Wettstreits ein Zustand des gegenseitigen Vertrauens der Völker treten.

Zunächst hat das Proletariat in jedem Lande alles zu tun, um den Abschluß des Weltkrieges herbeizuführen, den Frieden zu erringen.

Die Vorbedingung für die Erreichung dieses Zieles ist die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Parteien gegenüber den imperialistischen Regierungen.

Die Aufstellung eines gemeinsamen Friedensprogramms ist wichtig. Aber dieses Programm ist wesenloser Schall und Rauch, wenn es nicht von einer energiegelichen internationalen Aktion der Volksmassen getragen wird.

Von jeder Regierung ist die unbedingte Annahme des internationalen Friedensprogramms zu fordern. Die Kredite sind jeder Regierung zu verweigern, die dieses Programm ablehnt oder auch nur ausweichend beantwortet oder die sich nicht bereit erklärt, in sofortige Friedensverhandlungen auf Grundlage dieses Programms einzutreten. Sie ist auf das entschiedenste zu bekämpfen.

Eine solche gemeinsame Friedensaktion einzuleiten und zu fördern, wird die erste Aufgabe der geplanten internationalen Friedenskonferenz sein. Sie hat alle wahrhaft sozialistischen Elemente zusammenzufassen, die entschlossen sind, in diesem Sinne mit aller Kraft für den Frieden zu wirken.

Eine proletarische Organisation, die sich dieser Aktion entzieht, verwirft damit das Anrecht, hinfert als Organisation des internationalen Sozialismus zu gelten.

## Arbeiterturner.

Der in der Jugendarbeit der Nr. 22 des Mittelungsblattes enthaltene Artikel: „Freie Jugend und Sportvereine“ hat in den Kreisen der freien Turnerschaft einen Genossen aus Turnerkreisen das Wort, seine Auffassung darzulegen: „Nur in einem gesunden Körper wohnt auch ein freier Geist!“ Dieser Satz ist das Leitmotiv wirklich freier Turnerschaft.

In den zweifellos kommenden schweren Kämpfen der Arbeiterklasse ist ein gesundes Gen Geschlecht eine bringende Notwendigkeit.

Die Erziehung eines solchen hat sich die Arbeiterturnbewegung von jeher zum Ziele gesetzt. Beachtenswert ist, daß in der 25 Jahre langen Tätigkeit der Arbeiterturner, denen ja behördliche Kämpfe nicht erspart geblieben sind, der Arbeiterschaft Männer entstanden, die auch in jeder Beziehung für ihre Ueberzeugung voll und ganz eingetreten sind. Oder sollte der Verfasser des Artikels „Freie Jugend und Sportvereine“ in Nr. 22 des Berliner Mittelungsblattes seine Beobachtungen nicht durch eigene Erfahrungen gemacht haben? Dann wäre allerdings seine Schreibweise verständlich. Andererseits lassen die Ausführungen auf eine allzu einseitige Beurteilung schließen. In einem Punkt stimmen wir mit ihm überein. Auch wir wollen kräftige und gesunde Menschen erziehen, die allen Sittmen des Lebens gewachsen sind, die aufrecht durch die Welt gehen. Auch wir halten es für nötig, widerstandsfähige willensstarke Klassenkämpfer zu erziehen. Daß neben der körperlichen auch die geistige Erziehung gepflegt wird, halten wir für selbstverständlich.

Sehen wir uns doch einmal den Werdegang des Menschen, und wir sprechen aus persönlicher Erfahrung, genauer an.

Der Schule entwachsen, beginnen für die Arbeiterturner die Sorgen für die Selbsterhaltung. Der junge Mensch kommt in eine Lehre, oder er muß in irgendeinem Betriebe gewerblicher Natur als Arbeiter sich herumtoben lassen. Diegt es da nicht in seinem Interesse, daß er sich möglichst viel Kenntnisse und Fähigkeiten aneignet, die es ihm ermöglichen, auf Grund des Erlernten sich später leichter Berufsfragen zu lösen? Aber nach der täglichen Berufsarbeit ist eine allseitige körperliche Ausbildung notwendig, um die Schäden des Berufs wieder auszugleichen; dazu bieten Turnen und Spiel, möglichst im Freien, die beste Gelegenheit, denn die Jugend muß ausatmen. Oder ist es richtiger, die jungen Menschen nach getaner Arbeit durch nur geistige Ausbildung in Vereins- oder Versammlungsräumen auch dann noch der körperlichen Bewegung nach eigenem Ermessen, wenn möglich im Freien, zu entziehen? Das wäre verkehrt.

Hier wäre im Interesse der Jugend ein Weg gangbar. Ueberläßt den Arbeiterturnern die körperliche, und der Jugendorganisation die geistige Erziehung. An Versuchen hierin eine Verständigung zu finden, hat es unsererseits, leider ohne Erfolg, nicht gefehlt. Geht das, dann wird die Jugend auch einen Vorteil davon haben, und die körperliche Vereinspielerei der Jugendorganisation wird dann überflüssig sein.

Keine Vereinsmeierei, aber sachgemäße körperliche Entwicklung zur Entwicklung eines gesunden freien Geistes und getaber Rumpfnaturen!

Wir haben der vorstehenden Zuschrift gern Raum gewährt. Es kommt in der Tat darauf an, von welchen Gesichtspunkten aus die turnerische Betätigung ausgeübt wird. Mittel zum Zweck und nicht Endzweck darf sie sein.

## Aus der Bewegung.

Aus Kiel. Den ersten Vorgeschmack des neuen Deutschland erhielten die Kieler Arbeiter in einer (schlecht besuchten) öffentlichen Versammlung, in der der H. S. Krätzig sprach. Als Genosse Popp an eine Bemerkung des Referenten über das Neue Deutschland anknüpfend ausführte, daß es eine Schande für das deutsche Volk und vor allem für die durch den Unfall der Scheidemänner verwirrte deutsche Arbeiterschaft sei, daß es diese Freiheiten nicht sich selbst, sondern den militärischen Kriegerverbänden verdanke, wurde er durch den überwachenden Polizeibeamten gezwungen, abzubrechen, aber dieses war wie der einmütige Beifall der ganzen Versammlung bewies, die Ansicht aller Anwesenden. Eine angemeldete öffentliche Versammlung für 20. Oktober, in der Genosse Popp über die politische Lage sprechen sollte, wurde verboten. Am 22. fand eine von 1400 Vertrauensleuten der Metallarbeiter besuchte Sitzung im Gewerkschaftshaus statt. Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Garbe sprach zunächst über die schwierigen Uebergangsverhältnisse nach Friedensschluß, ging dann aber auf die politische Lage ein, und zwar in einer anerkanntwertigen objektiven Art und Weise. Seine Ausführungen gipfelten in der Mahnung, die Arbeiterschaft solle sich nicht mehr länger an der Nase herumführen lassen, denn 4 1/2 Jahre lang sei das deutsche Volk in einer unglaublichen Art und Weise belogen und betrogen worden. Genosse Popp legte in längeren Ausführungen die Ursachen der jetzigen Situation und ihre Konsequenzen für die Arbeiterschaft klar. Er ging auf die Rolle ein, die Deutschland bei der Niederwerfung der russischen Revolution spielte, vor allem darauf, daß es nur mit Hilfe deutscher Proletarier im Westen möglich war, daß in Finnland die Bourgeoisie über die Arbeiterklasse siegte. Er zeigte den Strohputzcharakter der jetzigen Regierung, der schon aus der ganzen Art ihrer Entstehung ersichtlich ist. Genosse Popp schloß mit dem Hinweis, jetzt sei die historische Stunde des Proletariats, jetzt oder nie sei es möglich, die erhabenen Ziele des Sozialismus zu verwirklichen, das sei aber nicht möglich durch Halbheiten und Kompromisse, sondern nur durch klaren Entschluß und kluges zielbewusstes Handeln. Abschließend äußerten sich kurz noch mehrere Redner. Genosse Sireze brachte zur Sprache, daß es mit der U. S. P. nicht möglich sei, den großen Saal des Gewerkschaftshauses zu bekommen, da er dauernd auf ein Jahr hinaus vergeben sei und zwar für bürgerlichen Klubs. Es wurde einstimmig ein Antrag angenommen, daß der Saal jeder der beiden sozialdemokratischen Parteien zweimal monatlich zur Verfügung zu stellen sei.

Am 22. fand eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Popp über die politische Lage referierte. An das Referat schloß sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion an.

Zum 6. November ist eine öffentliche Versammlung mit Genossen Dr. Erdmann als Referenten vorgesehen.

Im Mittelpunkt der Sophistik erklümmt die Kieler Volkszeitung. Sie entwirft sich über den Entschluß der Unabhängigen, bei der Stichwahl in Berlin Wahlenthaltung zu üben. Ganz abgesehen davon, daß die Unabhängigen ohne die Wahlbeteiligung der U. S. P. den Wahlsieg nicht gewahrt hätten, hat die Wahl-Volk. Volkszeitg. bei den vorjährigen Kieler Stadtverordnetenwahlen nicht nur Stimmenthaltung in den Bezirken, wo nur Unabhängige und Bürgerliche einander gegenüberstanden proklamiert, sondern sie schrieb, wenn man in jenen Bezirken zur Wahl gehe, solle man unter keinen Umständen einen Unabhängigen wählen. Und die Führer (und Volkszeitungsredakteure) der Unabhängigen in Kiel, Adler, Pöller, Breccour usw. wählten bürgerlich.

Friedensdemonstration in München. In München veranstaltete die Unabhängige Sozialdemokratie am Sonntag eine von Tausenden besuchte Friedensdemonstration auf der Theresienwiese. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Zu Tausenden auf der Münchner Theresienwiese versammelt, warnen wir die Berliner Regierung vor dem Aufruf zur sogenannten nationalen Verteidigung, die heute ein Verbrechen des Wahnsinns wäre. Der ganzen furchtbaren Gefahr bewußt, daß Bayern nach 4 1/2 Jahren Krieg selber Kriegsgebiet werde, sehen wir die einzige Rettung nur in dem sofortigen Frieden von Volk zu Volk. Wir vertrauen, daß unter Wilsons Führung kein Frieden und Aufgebungen werden wird, der Kraft und Leben des deutschen Volkes vernichtet; wir sind aber ebenso überzeugt, daß die erste unerlässliche Bedingung eines solchen Friedens die Errichtung eines wahren Volksstaats in Deutschland ist, aus dem alle Verantwortlichen des Krieges in den Schlössern, Ministerien und Parlamenten ausgeschlossen werden. Die Massen des Volkes dürfen Vertrauen nur zu sich selbst haben und müssen aus ihrer Mitte selbständig eine wahrhaftige Volksregierung aller wertvollen Stände schaffen. Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik, und fordern, daß eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Oesterreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verhandelt, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen.“

Die „Volksische Zeitung“ teilt über die Demonstration noch mit: „Nach einer Ansprache Kurt Eisners zogen die Demonstranten nach Stadtheim, wo sich das Stadtgefängnis befindet, und verlangten die Freigabe einiger Genossen. Der herbeigeeilte Staatsanwalt erklärte, nach Leipzig an das Reichsgericht telegraphiert und die Freigabe befristet zu haben. Vor morgen wäre aber keine Antwort zu erwarten. Den Polizeipräsidenten Beck, der gleichfalls in Stadtheim angekommen war und eine Ansprache an die Versammelten halten wollte, ließ man gar nicht zu Worte kommen. Die Menge zerstreute sich schließlich und erklärte, bis morgen 9 Uhr früh abwarten zu wollen, dann

aber werde die Freigabe erzwungen werden.“ — Inzwischen sind die drei Genossen aus der Haft entlassen.

In Stuttgart veranstalteten unsere Genossen eine Friedensdemonstration. Viele Tausende von Arbeitern verließen die Betriebe und zogen nach dem Ministerium des Innern, wo eine Deputation dem Minister die Forderungen der Arbeiter vorzulegen sollte. Der Minister lehnte zunächst ab, später sah er sich doch genötigt, die Deputation zu empfangen. Die politischen Forderungen gipfelten in der Schaffung einer sozialen Republik. Die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen sollen geprüft werden.

Magdeburg. In einer wichtigen Rundgebung für den Frieden und die sozialistische Republik wurde eine öffentliche Volksversammlung am 29. Oktober in Halberstadt, die von der dortigen Ortsgruppe unserer Partei einberufen war, in der Reichsstadtbürgermeister, der Vertreter des Reichsstadts, im Reichstag über „Frieden und Freiheit“ sprach. Von 6 Uhr strömten die Arbeiter dem großen Saal Halberstadts zu, der mit seinen Galerien und Nebenräumen schon 1/2 Stunde vor Beginn der Versammlung solche Ueberfüllung aufwies, daß die Polizei absperrte. 3200 waren im Saal, Tausende fanden keinen Einlaß mehr. Die 1/2 stündige Rede fand die stürmische Zustimmung der Versammlung. Eine Entschlüsse, die sich mit der Haltung des Genossen Brandes einverstanden erklärt, sofortigen Friedensschluß verlangt und das werktätige Volk zur Arbeit für den Sieg des Sozialismus aufruft, wurde einstimmig angenommen. Die Versammlung war auch eine Antwort der Arbeiter Halberstadts auf die Heftigkeit von der Reichsleitung der Scheidemänner gegen Brandes betrieben worden war.

Genosse Haase in Cassel. Dort, wo die jetzige Erzählung Scheidemann im Lauf der Kriegsjahre wiederholt die abhängige Politik in großen Versammlungen feierte, wo er und seine Leibtrabanten glauben, der Arbeitermassen unbedingt sicher zu sein, rief am Montag, 28. 10., die U. S. P. das Klassenbewußte Proletariat auf den Plan und Massen launen. Die Lokalitäten konnten leider die Erschienenen nicht aufzunehmen fassen. Bei 10 Uhr war der Saal gefüllt. Dann wurde die Tür zum Garten geöffnet. Insaugungsbereich in draußiger Lage konnten die Ausführungen des Genossen Haase über 2000 Hörer erfassen, während viele wieder umkehren mußten. Einige Abhängige versuchten noch beim 1. Teil der Darlegung Haases, eifrige Zwischenrufe anzubringen, die der Referent prompt bediente. Dann verstummte auch dieser vereinzelte Widerspruch. Stürmische, immer wiederkehrende Zustimmung unterbrach die einzelnen Portionen des Vortrages, eine begeisterte, einmütige Rundgebung war es, die den Referent am Schluß seiner Darlegungen lobte. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die eine sofortige Herbeiführung des Friedens verlangt, aufs schärfste eine weitere Fortführung des Krieges bekämpft und die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie billigt. Die Parteiorganisation gewann zahlreiche neue Mitglieder. Vereblich sind die Versuche, die das abhängige Volk in Cassel unternimmt, um beim Volke über diese Versammlung den imposanten Eindruck abzuschwächen, diese hochvertrauliche Rundgebung für die U. S. P. zu verkleinern. Wie mühen sich die Redakteure des Volksblattes beim Schanden dieser Zeilen abgemüht haben. Umsonst. Sie verweisen Eindrücke und Wirkung dieser Versammlung nicht. Die U. S. P. ist auch in Cassel in stetem Vormarsch. Dabei bleibt.

Eine glänzende Rundgebung für die U. S. P. in Frankfurt a. M. „Haase spricht am Sonntag im Zirkus Schumann.“ Diese Runde zündete bei der Frankfurter Arbeiterschaft, zumal jetzt, wo die politischen Wogen hoch gehen. So sollte dann am Sonntag morgen eine feierliche Massenversammlung zum Versammlungssaal eintreten. Bereits eine Stunde vor der angekündigten Versammlung war der Meistenraum bis zum letzten Sitzplatz besetzt. Bis auf die Straße stand die Menge Kopf an Kopf, viele mußten wieder umkehren. Die Versammlung selbst erfasste 2000 Besucher. Inselnd von der Menge begrüßt sprach Genosse Haase über das Thema „Weltfrieden und Arbeiterschaft“. Im Rückblick die Jahre des Krieges hielten passierten lassend, die Stellung der Sozialistischen Internationale vor dem Kriege wie den gegenwärtigen Stand der Dinge behandelnd, gestaltete sich das Referat zu einer markanten Kennzeichnung der jetzigen politischen Situation, der „Volksregierung“ von Scheidemann bis Friedberg, wie zu einer gründlichen Abschätzung mit der Politik der Regierungssozialisten. Schwarz hob Genosse Haase die Forderung eines sofortigen Friedens wie unser Verlangen nach einer sozialen Republik hervor, stürmische Zustimmung der Massen begleitete seine Darlegungen über die Stellung der U. S. P., die in der Versammlung einmütige Zustimmung fand. In der Diskussion wurde die Kritik an den bisherigen Zuständen scharf unterstrichen und zur einmütigen Zusammenarbeit aller oppositionellen Kräfte der Arbeiterschaft aufgefordert. Eine Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme, die die U. S. P. als die Vertreterin des Klassenbewußten Proletariats und Bannerträgerin der Sozialistischen Internationale begrüßt, dem Referenten zustimmt und die U. S. P. auffordert, in entschiedener Kampfesposition einen sofortigen Frieden, das werktätige Volk und die Grundzüge des Sozialismus weiter zu vertreten. Daselbst gelobten die Versammelten. Hunderte von Beiräten zur Parteiorganisation der U. S. P. erfolgten sofort.

Damit fand die prächtig verkaufte Versammlung ihren Abschluß, eine Rundgebung der Klassenbewußten Arbeiterschaft Frankfurt, die zu ihren besten zählt.

Hanau. (Stadtverordnetenwahl.) Während der 4 Kriegsjahre wurde in Hanau bei Ergänzungswahlen der Stadtverordneten gewählt, das heißt, es wurden seitens der bürgerlichen Parteien keine Gegenkandidaten aufgestellt. Seitdem die Hanauer Parteige-

nossenschaft in erdrückender Mehrheit zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei überging, ist für die bürgerlichen Parteien die Zeit gekommen, wo sie unsere ausschließenden Genossen befechtigen will. Das nehmen wir den Herren nicht übel. Daß aber die Regierungssozialisten, die keinerlei Bedeutung in Hanau haben und immer das Wort von der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Munde führen, ebenfalls unsere ausschließenden Genossen befechtigen will, wirkt geradezu ermüthend für jeden Arbeiter. In der Stadtverordnetenversammlung dieser Herren waren ganze 14 Personen, mit Referent und Vorstand, anwesend; sie beschäftigten sich mit der Stadtverordnetenwahl. Folgendes Schreiben, das wir den Genossen nicht vorenthalten wollen, hat uns Herr Rasch, der vom Militär zum Sekretär reklamiert wurde, um uns zu bekämpfen, am 29. August zugestellt:

Für den Monat November steht der Hanauer Arbeiterschaft die Stadtverordnetenwahl bevor. Bei früheren Kommunalwahlen hand die Klassenbewußte Arbeiterschaft einig und geschlossen gegen die bürgerlichen Parteien. Schwer war jedesmal der Kampf. Nur wenn die Arbeiter alle verfügbaren Kräfte zusammenfassen, war ein Erfolg möglich.

Auf dem Rathause haben die Arbeitervertreter, ohne Ausnahme, bisher gemeinsam für die Interessen der Arbeiterschaft gewirkt. Dabei sollte auch bei der bevorstehenden Wahl die gesamte Arbeitererschaft einig und geschlossen für ihre Interessen kämpfen, den Gegnern nicht das Schauspiel des politischen Bruderkampfes geben und ihnen nicht durch ihre Unentschiedenheit die Sitze in der Stadtverordnetenversammlung anstreifen.

Aus diesen Gründen erlauben wir uns, dem Vorstande der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Vorschlag zu unterbreiten, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine Verpflüchtung zu vermeiden und durch gemeinsames Vorgehen die Gemeinamkeit der Arbeiterinteressen nach außen zu dokumentieren.

Fünf Sitze der 3. Klasse stehen zur Wahl. Einer davon entfällt auf Kesselsdorf. Für Hanau schlagen wir vor, von jeder Parteiichtung zwei Kandidaten auf einen gemeinsamen Wahlzettel zu nehmen.

Zu jeder weiteren, friedlich-kräftigen Aussprache gerne bereit und einer baldigen Rückantwort entgegensehend, zeichne:

Mit Parteigruß J. A.: gez. J. Rasch.  
Es ist rührend von Herrn Rasch, wenn er von einem Bruderkampf und von Einheit zu reden wagt. Der „Bruderkampf“ und die „Verpflüchtung“ ist durch ihn erfolgt, da seine Tätigkeit nur auf die Verpflüchtung unserer Organisation aufgebaut ist. Die Hanauer Arbeiterschaft hat ja in öffentlicher Versammlung behauptet, zu welcher Politik sie steht. Die Parteigenossen in Hanau haben demgemäß auch das Schreiben beantwortet. Es lautet:

Hanau, den 10. Oktober 1916.  
Herrn Jean Rasch, Langendiebach.

Ihr Schreiben vom 29. 8. des Sozialdemokratischen Vereins Hanau haben wir unseren Vertrauensleuten (anwesend 36 Genossen) und der Mitgliederversammlung (anwesend 112 Mitglieder) vorgelegt, die Ihre Bitte, gemeinsam den Wahlkampf zu führen, einstimmig abgelehnt haben und zwar unter folgender Begründung: Die unabhängige Partei ist eine Arbeiterpartei, die aus dem Boden des Klassenkampfes steht und es als ihre Aufgabe betrachtet, die Grundzüge des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie überall auf politischem Gebiete zum Ausdruck zu bringen und durchzuführen. Sie kann daher weder mit bürgerlichen Parteien Kompromisse schließen, noch mit der regierungssozialistischen Partei ein Wahlbündnis eingehen, die wohl vorzuziehen, eine Partei des Proletariats zu sein, deren Führer aber im entscheidenden Augenblicke die Grundzüge des Klassenbewußten Sozialismus verraten und sich als Schutzhunde der ausbeutenden Klassen konstituieren. Dies gilt nicht nur für den Reichstag bei Bewilligung der Kriegskredite und der Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz, sondern auch für die Stadtverordnetenversammlung, wo die Herren Hoch und Graf gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die städtische Verwaltung gegen die gerechten Klagen der Arbeiterschaft verteidigt haben. Aus diesen Gründen ist für die unabhängige Partei es ausgeschlossen, ein Wahlbündnis einzugehen, da die regierungssozialistische Partei keine Arbeiterpartei mehr darstellt.

Der Vorstand des Unabhängigen sozialdemokratischen Vereins Hanau.  
gez. Koffert.

Es ist eine Zumutung dieser Leute, die zum Vagen zwingt. Ihre Hoffnung, daß sie von den bürgerlichen Parteien unterstützt werden, also gemeinsam mit dem Bürgerum den „Bruderkampf“ gegen uns führen, kann uns nur recht sein. Es ist wiederum ein Mittel, den Arbeitern restlos die Augen zu öffnen. Die Hanauer Arbeiterschaft wird auch hier ihren Mann stellen, darauf können sich die Herren verlassen. Arbeit ist jetzt schon unermüdetlich für die Wahl unserer Kandidaten. Vorwärts sei die Lösung.

Eine Massenrundgebung für den Frieden in Hanau. Am 29. Oktober sprach Genosse Boglitz in einer öffentlichen Versammlung in Hanau, die erste, die wir während des Krieges abhalten konnten. Eine Stunde vor Beginn der Versammlung war das Lokal überfüllt. Immer noch strömten die Massen heran. Tausende konnten keinen Einlaß bekommen und standen dicht gedrängt in den Straßen, bis die Versammlung zu Ende war. Gen. Boglitz schilderte in seinem ausgezeichneten Vortrage die jetzige politische Situation unter brausendem Beifall. An Genosse Liebknecht wurde ein Begrüßungstelegramm gesandt. Genosse Schnellbacher, als Leiter der Versammlung, begründete eine Resolution, in der die sozialistische Republik und die Abdankung der Hohenzollern, sowie unsere Hauptforderungen verlangt wurden. Diefelbe fand einstimmige Annahme. Liebknecht wurde als der zukünftige Präsident der sozialistischen Republik gefeiert.

Nach der Versammlung fanden Umzüge durch die Straßen statt. Die Massen brachten Huldigungen auf Liebknecht, Rosa Luxemburg und die sozialistische Republik aus. Ebenso ertönten Rufe: Nieder mit der Scheidemann-Regierung. Nieder mit den Hohenzollern, Hoch der Völkerrückkehr! Die Polizei mit umgeschulter Revolver war in hartem Aufgebot angetreten, verhielt sich aber ruhig. Die Hanauer Arbeiterklasse hat diesmal wiederum bewiesen, daß sie mit dem Regierungssozialismus nichts zu tun hat. Eine Woche vorher hatten die Regierungssozialisten eine öffentliche Versammlung, die sehr schlecht besucht war, weil wir fern blieben. Die Hanauer Arbeiterklasse steht auf dem Boden des schärfsten Klassenkampfes. — Am 28. Oktober sprach Genosse Bogtherr in Hechenheim ebenfalls vor einer überfüllten Versammlung. Ungefähr 5 bis 600 Personen füllten den Saal. Auch hier war die Stimmung ausgezeichnet und Bogtherr sprach unter lautem Beifall. Die erwähnte Resolution wurde auch hier einstimmig angenommen. Die Hechenheimer Genossen können mit Stolz auf diese prächtige Versammlung zurückblicken. Genossin Gimbel-Hanau munterte in der Diskussion in beiden Versammlungen die Frauen auf, ebenfalls mit Hand ans Werk zu legen. Reicher Beifall belohnte ihre Ausführungen. Pflicht aller Genossen ist es, die Situation für die Stärkung der Organisation auszunutzen.

Vor der Mannheimer Arbeiterklasse sprach am 27. Oktober Reichstagsabgeordneter Hugo Haase über „Weltkrieg und Arbeiterklasse“. Eine halbe Stunde nach Saalöffnung war der riesige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Weit über 6000 Personen mögen anwesend gewesen sein und viele Hunderte fanden keinen Einlaß mehr; sie harrten stundenlang vor dem Rosengarten aus. Die Parteileitung war genötigt, die Versammlung eine halbe Stunde vor der festgesetzten Zeit zu eröffnen. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Darlegungen Haases. Die Arbeiter erkannten bald, was der da oben auf der Tribüne spricht, das sind Tatsachen, sind Wesensunterschiede von dem, was man bis jetzt zu hören bekam. Und mit einem Male war das Eis gebrochen. Der Mann, der da sprach, der so viel Gelästerte, der „Parteisprecher“, der Vertreter der U. S. P. D., der lagte ungeschminkt, was die große Masse denkt und fühlt. Und heiliger Ernst war es, mit dem die Tatsachen vorgetragen wurden. Da brach der Sturm los, kein Wort ging der riesigen Versammlung mehr verloren und bei allen grundlegenden Ausführungen fand er die Zustimmung aller, und mit allgemeiner Zustimmung aller schloß er sein einheitsstündiges Referat.

In der Diskussion trat ihm Reichstagsabgeordneter Oskar Ged von den Regierungssozialisten entgegen. Mit der Mine der schleichenden Remissschob er sich auf das Podium, um mit kurzem tödlichen Streich den Eindringling zu zerschmettern. War bis dahin die Haltung der Versammlung eine musterhafte, so trat durch das provozierende Auftreten Geds sofort ein Umschwung ein. Ged glaubte nämlich feststellen zu müssen, die übergroße Zahl der Erschienenen seien seine Parteifreunde; dem widersprach die Versammlung durch fast einmütigen Protest. Nun glaubte Ged, daß sich der größte Teil aus Kriegsgewinnlern und Neugierigen rekrutiere, da hatte es Ged nur der Besonnenheit des Vorsitzenden und der Einsicht unserer Parteiangehörigen zu verdanken, wenn sein Debüt nicht ein vornehmliches Ende fand, und auf das Schien es der Herr Reichstagsabgeordnete Oskar Ged abgesehen zu haben; er wollte unsere Bewegung in Mannheim diskreditieren, und als das nicht gelang, ging er zu persönlichen Berührungspunkten des Gen. Haase über und begann mit dem Ammenmärchen d. h. der Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 und bezeichnete Haase als Umlerner.

Genosse Haase schilderte Auge in Auge, wie sich am 3. und 4. August 1914 in der Fraktion und im Parteivorstand die Sache abspielte, wo Ged selbst anwesend war. Wenn die Mannheimer Arbeiterklasse bis jetzt Ged noch als einen anständigen Gegner einschätzte gegenüber den anderen Drahtziehern der Mannheimer Regierungssozialisten, so hat er durch sein blamables Verhalten gegenüber Haase und in seinen weiteren Ausführungen über Ledebour das Vertrauen jetzt vollständig verscherzt durch sein wenig anständiges Gesunten.

Genosse Haase widerlegte in ruhigem sachlichen Tone unter ständiger Anrufung Geds als Zeugen jede Einwendung und Behauptung Geds unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung, während dessen der Don Quixote Ged mit seinem Wackerbüchsen Getreuer auf wenig rühmliche Art verschwand. Die Mannheimer Arbeiterklasse hat am 27. Oktober uns durch ihre freudige Zustimmung bewiesen, daß wir auf dem rechten Wege sind, ihre Interessen zu vertreten. Trotz des gefährlichsten Kampfes und der Mißtrauensaat der Regierungssozialisten geht es trotzdem und alledem vorwärts.

### Aus dem Gewerkschaftsleben.

Die Eisenbahner rühren sich! Wie wir durch die Handzettel, welche fast in ganz Berlin und Umgebung verteilt werden, erfahren haben, beabsichtigen die Eisenbahner am Sonntag, den 10. 11. 18, mittags 12 Uhr, eine große Kundgebung zwecks Herbeiführung einer erheblichen Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Gehälter und Grundlöhne und Abschaffung der Akkordarbeit in den Werkstätten. Es ist erfreulich, daß eine ganze Volksschicht, welcher jahrelang der Glaube, daß sie eine besondere Klasse, eine Klasse für sich sei, eingeimpft wurde, in der Zeit der allgemeinen Erkenntnis sich zu rühren beginnt. Auch die Eisenbahner sehen ein, daß ihnen das Haus zu eng, der Druck der Ketten jetzt empfindlich zu schmerzen beginnt. Wer es wagte, offen seine Meinung zu bekennen und dafür einzutreten, wurde ohne Gnade, gleich wie lange er beschäftigt war, auf das Pfahlfest gesetzt. Es ist verständlich, daß eine Klasse, die man jahrzehntelang geistig künstlich darniederhielt, jetzt tosend den Weg finden wird. Vorurteile, Standesdünkel, der so viel Unheil in den Köpfen der Beamten und Arbeiter anrichtete, kann nicht mit einem

Schlage überwunden werden, immer aber hat gerade der unterdrückteste Mensch einen guten, einen mutigen Kämpfer abgegeben. Wir wollen hoffen, daß auch die Eisenbahner bald in die Reihen der Klassenbewußten Arbeiter eintreten, daß auch sie erkennen lernen, daß all ihre Wünsche und Ziele sich nur erreichen lassen in den Reihen der Klassenbewußten internationalen Arbeiterschaft.

Der Verbandstag der Büroangestellten hat am 3. November gegen vier Stimmen erklärt, er billigt die Haltung des Verbandsvorstandes in der Frage der Landesverteidigung.

Der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Reichstagsabgeordneter Siebel, hat sich bisher vom Dienste der Landesverteidigung gedrückt, indem er sich reklamieren ließ, obwohl er „so“ ist. Dasselbe tut der Verbandsredakteur Jaddach. Daß der Verbandstag mit dieser Haltung einverstanden ist und sie durch Beschluß ausdrücklich billigt, ist für die beteiligten Druckberger recht erfreulich.

### Groß-Berliner Chronik.

Der Andrang zum Kartoffelbuddeln auf den großen Gütern in der Mark ist außerordentlich stark. An vielen Bahnhöfen sieht man Männer, Frauen und Kinder mit Hacken, Körben und Säcken, die nach den verschiedenen Richtungen hin ziemlich weite kostspielige Fahrten unternehmen, um den Gutsbesitzern die Kartoffeln auszubuddeln. Diese Arbeit lassen die Besitzer sich umsonst leisten. Es gibt weder Entschädigung für das Fahrgehalt, noch wird den Leuten irgend etwas Ehbares verabreicht. Verdöstigung muß also auch noch auf eigene Rechnung mitgebracht werden. Die einzige Gegenleistung besteht darin, daß sie nach Leistung ein bestimmtes Quantum Kartoffeln verabfolgt wird. Und das ist es, was den Besitzern zu so billigen Arbeitskräften verhilft. Reicht nur noch, daß die auf so schwere kostspielige Weise beschafften Kartoffeln den Leuten von Gendarmen noch weggenommen werden. Diese Vorgänge beleuchten unsere heutigen Zustände recht grell. Bezeichnend ist auch, daß mit den „markenreinen“ Kartoffeln heute ein schwunghafter Handel getrieben wird. Es ist keine Seltenheit, daß hinterher derjenige Kartoffeln mit 20 bis 30 Mark gehandelt wird. Kaum glaublich, aber wahr! Die Gutsbesitzer sichern ihre Schätze und die Schafe und sind gute Patrioten. Natürlich!

Die Stadtverordneten-Ergebnisse in Neukölln gingen ohne Kampf vor sich. Unsere Genossen hatten eine Beteiligung unter den gegenwärtigen Umständen abgelehnt. Die Kandidaten der Regierungssozialisten wurden, da andere Kandidaten nicht aufgestellt waren, bei geringer Wahlbeteiligung gewählt.

In Friedrichsfelde fand am Freitag, den 1. November, eine Erntewahl zur Gemeindevertretung statt. Unter Genosse Frenzel wurde mit 109 Stimmen gegen 49, die auf den Kandidaten der Regierungssozialisten fielen, gewählt.

In Charlottenburg finden am Montag, den 11. November cr., Stadtverordnetenwahlen statt. Als Kandidaten sind aufgestellt: für den 1. Bezirk: Wilhelm Mikaloff, Kassienangestellter, für den 2. Bezirk: Hugo Alld, Stadtverordneter, für den 3. Bezirk: Emil Schubert, Bäckermeister und Adolf Fennik, Lagerhalter, für den 4. Bezirk: Hugo Alld, Stadtverordneter, für den 5. Bezirk: Hugo Alld, Stadtverordneter, für den 6. Bezirk: Albert Stahlberg, Kassienangestellter, für den 7. Bezirk: Alfred Wagner, Tischler (j. Jt. noch in Unterjuchungsabst.), für den 8. Bezirk: Albert Hartfel, Gastwirt.

Am Sonntag, den 3. 11. tagte in Berlin der Kreisturntag des 1. Kreises des Arbeiterturnerbundes, seit Kriegsbeginn zum ersten Male wieder. In den Berichten wurde von den einzelnen Delegierten zum Ausdruck gebracht, daß die heutige Jugendzucht in andere Bahnen geleitet werden müsse. Wenn auch früher den Arbeiterturnern die sittliche und moralische Fähigkeit zur Erziehung der Jugend abgeprochen wurde, so wollen sie trotzdem die Jugendzucht als Erbes, nach dem Vorferrigen zum Wohle der Menschheit fördern. Daß eine bessere Erziehung unter der heranwachsenden Jugend Platz greifen müsse, wurde an trassen Vespülen zum Ausdruck gebracht. Zunächst steht der Turntag hierin die Aushebung der vorordneten und berglittenen Rabinettordens von 1884 und 1889 als unumgänglich an. Es wäre wohl auch an der Zeit, der Vespülung und Säkularisierung durch Behörden gegen den Arbeiter-Turnerbund ein Ziel zu setzen. An Toten belagt der Arbeiter-Turnerbund über 20 000, von 2411 Vereinen mit etwa 190 000 Mitgliedern sind noch 1001 Vereine mit rund 43 000 Mitgliedern vorhanden.

### Aus der Zeit.

Fürstliche Arbeit. Der „Dortmunder General-Anz.“ berichtet: „Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielt auf der Kruppischen Villa Hügel und deren Umgebung die Haushälterin Rothe, die Wirtschaftlerin Kulla, die Haushälterin Holzhiiter, der Küchenmeister Dorst, der Diener Groß, der Hausmeister Hirschfeld, der Diener Bechem, der Diener Fierentoshen, der Küchenmeister Schluder, der Stallmeister Brunner, der Bereiter Bussas, der Kutscher Kade, der Ober-Chauffeur Heiseler, der Schneidermeister Kessel, die Haushälterin Behrendt, der Portier Hörnemann, der Waldarbeiter Driehen und verschiedene andere.

Ein tüchtiges Haus: die Herrschaft reich an Kriegsverdienst, — die Dienerschaft gesegnet mit Kriegsverdienstkreuzen.

Andere Sorgen hat der Fürst von Schaumburg-Lippe. Er veröffentlicht am 30. Oktober eine Landesverordnung, die lautet:

Ich erkläre mich grundsätzlich bereit, auf Antrag die Patenschaft bei dem siebenten Sohne eines im Fürstentum wohnhaften Ehepaars zu übernehmen unter der Voraussetzung, daß die Persönlichkeit der Eltern einwandfrei ist, daß alle sieben Söhne aus ein und derselben Ehe stammen und daß alle sieben Söhne leben, wobei jedoch die im großen Kriege an Wunden oder im Felde zugezogene Krankheit Verstorbene als lebend mitgerechnet werden. Meine Entschließung behalte Ich Mir jedoch für den einzelnen Fall vor und bestimme, daß Mir die Anträge durch das Ministerium mit Gutachten vorgelegt werden. Wenn Ich die Patenschaft übernommen habe, so soll darüber eine von mir zu vollziehende Urkunde ausgefertigt und durch den Landrat oder Bürgermeister dem Vater des Kindes übergeben werden. Außerdem ist Mein Name im Kirchenbuch als Taufzeuge einzutragen.

Schließlich bestimme Ich als Patengeschenk 100 Mark, die auf den Namen des Patenkinds bei der zuständigen Sparkasse einzuzahlen sind. Das Sparkassenbuch ist zugleich mit der Urkunde dem Vater des Kindes zu übergeben.“

Die Inhaber und Ruhnießer der alten Macht und Vor- und Sonderrechte vermögen sich nicht von ihren Privilegien zu trennen; sie stellen das gebuldige Volk auf eine harte Probe. Der schaumburg-lippische Fürst bietet ausgerechnet jetzt seinem Volke nichts anderes, als eine Belohnung für — reichen Kinderlegen, aber auch nur noch dann, wenn es Söhne sind. Der Fürst will wohl den preussischen Patenzauber in Schaumburg-Lippe einführen. Er will noch eine „Ruine“ aufrichten.

Es kommt bei dem großen Aufräumen, vor dem das Volk steht, gewiß nicht darauf an, ob eine Ruine mehr wegzuräumen ist, zudem diese mit einem Federstrich beseitigt werden kann. Das Volk will aber keine Errichtung von Stiften und Geschenken mehr, sondern Rechte und Freiheit. Das zu erreichen, ist das Gebot der Zeit für jeden, nur nicht für die Fürsten.

Große Worte in erster Zeit. Zur Propaganda für die 2. Kriegaanleihe hat man sich der Aufmunterung des Publikums durch besonders bekannte Persönlichkeiten bedient. Es verdient für die Nachwelt festgehalten zu werden, welche Weisheitsworte neue sozialdemokratische Staatssekretäre geprägt haben:

Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes Gust. Bauer (Soz.):

„Es komme wie es wolle, die Kriegaanleihe ist gesichert, dafür wird Reichstag und Regierung sorgen.“

Staatssekretär Philipp Scheidemann (Soz.):

„Seid pflichtbewußt! Helft unserem Land! Gedendet der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu fünf Prozent anzulegen.“

Es dürfte interessant sein, zu hören, ob die Partei der Regierungssozialisten ihr Vermögen nun auch in deutscher Kriegaanleihe angelegt hat. Wer andere hierzu auffordert, muß selbstverständlich vorangehen!

### Aus dem Geistesleben des Sozialismus.

Immer finden wir zu Beginn einer Revolution die Erkenntnis der Klassengegensätze, das Klassenbewußtsein, nur unter jenen Schichten scharf ausgebildet, die direkt um die Herrschaft ringen, d. h. bei den Klassen, die im Besitze der Macht, oder bei jenen, die nach den historischen Entwicklungsbedingungen zunächst zur Macht berufen sind. In den unteren Klassen schlummert noch das Bewußtsein ihrer besonderen Eigenheit. Erst indem die Revolution nacheinander verschiedenen Klassen zur Herrschaftsstellung verhilft und ihnen Gelegenheit bietet, ihre Ansprüche zu realisieren, zeigt sie, wie verschieden der Inhalt ist, den bislang die gegen das Bestehende revoltierenden Klassen mit gleichen Schlagworten und Formeln verbunden, und wie hinter den zutage getretenen Gegensätzen andere bisher nicht beachtete Klassenunterschiede liegen.“

H. Cunow:

„Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs“ (Berlin 1906).

### Literarisches.

Sozialistische Auslandspolitik. (Herausgegeben von Dr. Rud. Breitscheid, unter ständiger Mitwirkung von E. Bernstein, H. Bloch, H. Haase, R. Kautsky, H. Ströbel, u. a. Erscheint wöchentlich einmal.)

Die joesen erschienene Nr. 45 enthält u. a.: Die Regierung vor dem Zusammenbruch, von Rud. Breitscheid. — Zu neuen Ufern, von A. Stein. — Die Entschädigung der besetzten Gebiete, von G. Elber. — Oesterreichische Probleme (IV), von R. Kautsky. — Warum erk. jetzt? von F. van der Goes. — Der russische Marxismus in der Revolution (II), von A. Martynow.

Die Sozialistische Auslandspolitik kann direkt vom Verlag (Berlin W. 15, Fasanenstr. 58) wie auch durch die Parteibuchhandlungen, die Organisationen und durch die Post bezogen werden. (Postzeitungskliste Nr. 8.) Preis für Deutschland und Oesterreich-Ungarn vierteljährlich vier Mark, für das übrige Ausland fünf Mark.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: G. Feld; Verleger A. Hoffmanns beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Spandauer Str. 26-28.